

FREIHEIT UND RECHT

Vierteljahresschrift für streitbare Demokratie und Widerstand gegen Diktatur

Herausgeber: Bund Widerstand und Verfolgung (BWV-Bayern)

Dezember 2011/3+4

Erbe und Auftrag im Wandel

Von Helmut Ritzer

Vorsitzender des Bund Widerstand und Verfolgung (BWV-Bayern)

Was verändert sich?

Der Bund Widerstand und Verfolgung (BWV-Bayern) erlebt gerade große Veränderungen. Erstmals sind die selbst von der Verfolgung im Dritten Reich Betroffenen nicht mehr die Verantwortlichen in der Leitung des Vereins, weil Bertold Kamm und Dr. Ernst Raim verständlicherweise nach dem Erreichen des 85. Lebensjahres die Verantwortung in jüngere Hände legen wollten. Wir danken beiden für das lange Engagement bei uns und in anderen Organisationen. Dass der bayerische Verband heute stabil seine Arbeit fortsetzen kann, ist ihr Verdienst. Sie werden uns zusammen mit unserem Ehrevorsitzenden Dr. h.c. Max Mannheimer mit ihrem Rat weiter zur Seite stehen. Auch dafür danken wir sehr herzlich.

Der Zentralverband Demokratischer Widerstandskämpfer- und Verfolgtenorganisationen – ZDWV



Der Autor

Dr. Helmut Ritzer, Jahrgang 1938, Verwaltungsjurist, von 1982 bis 2003 Mitglied des Bayerischen Landtags, von 1991 bis 1998 als Vorsitzender des Petitionsausschusses, von 1998 bis zum Ausscheiden als 1. Vizepräsident. Am 12.11.2011 zum Vorsitzenden des Bund Widerstand und Verfolgung (BWV-Bayern) gewählt. Lebt in Erlangen.

NS-Untergrund: Der Terror des extremistischen Abschaums

10 Fragen und Antworten
von Armin Pfahl-Traugher

Seite 14

Lars Mentrup

Neue Formen des Gedenkens

Seite 5

Horst Hennig /
Gerald Wiemers

Jakob Goldscheid überlebte zwei Diktaturen

Seite 6

Martin Rooney

Der Dissident Alfred Kantorowicz

Seite 8

Gerhard Schneider

Die Werdauer Oberschüler

Seite 13

Inhaltsverzeichnis

Helmut Ritzer Erbe und Auftrag im Wandel	Seite 1
Impressum	Seite 2
Bautzen-Forum	Seite 3
Gerald Wiemers Der Verfolgung ein Gesicht geben	Seite 4
Lars Mentrup Neue Formen des Gedenkens in der Kunst	Seite 5
Horst Hennig/ Gerald Wiemers Jakob Goldscheid	Seite 6
Martin Rooney Alfred Kantorowicz	Seite 8
Gerald Wiemers Ernst Bettmann	Seite 11
Gerhard Schneider Was geschah am 3. Oktober?	Seite 13
Armin Pfahl-Traugher Der Rechtsterrorismus im Verborgenen	Seite 14
<i>Online-Angebot und Spendenbitte</i>	Seite 17
Jürgen V. Holdefleiß Brief an die Kanzlerin	Seite 18
Mitgliederversammlung des BWV-Bayern	Seite 21
Neuerscheinungen	Seite 25

e.V. mit Sitz in Bonn dagegen wurde im vergangenen Jahr aufgelöst, zwei von zuletzt noch vier Mitgliedsverbänden, nämlich Berlin und Schleswig-Holstein, erklärten ihren Austritt, danach fehlten die für den Erhalt erforderlichen Mitgliedsverbände. Ein bitteres Ende für einen verdienstvollen Dachverband, den die langjährige Vorsitzende, Bundestagspräsidentin a.D. Dr. h.c. Annemarie Renger, mit viel Herzblut, Engagement und großem Erfolg geführt hatte.

Schon vorher, im Jahre 2008, musste der von Anfang an auf das Engagement im 21. Jahrhundert hin orientierte BWV-Bayern einspringen, um diese Zeitschrift FREIHEIT UND RECHT zu retten. Was als vorübergehende Aufgabe gedacht war, entpuppte sich schließlich als Dauerzustand. Der bayerische Verband steht (vorläufig) alleine mit dieser großen Herausforderung. Nur mit den allergrößten Anstrengungen und der Hilfe vieler Leser ist es gelungen, unsere Zeitschrift bereits im vierten Jahr weiterzuführen. Wir wollen uns weiter der Aufgabe stellen, brauchen aber noch mehr Unterstützung. Wir sind der Meinung, dass diese Stimme gebraucht wird, um in der öffentlichen Debatte für ein Streitbares Demokratieverständnis und antiextremistischen Konsens aller Demokraten zu werben. Wir bleiben zuversichtlich.

Unser Auftrag

Die Auseinandersetzung mit den beiden Diktaturen des 20. Jahrhunderts in Deutschland und großen Teilen Europas bleibt weiter die zentrale Aufgabe unseres Verbandes und von FREIHEIT UND RECHT. Wir reden dabei nicht einer vordergründigen Gleichsetzung von NS- und SED-Regime das Wort, weil wir die Gefahr kennen, dabei die Einzigartigkeit des NS-Rassenwahns und des Holocaust zu verharmlosen. Wir sind aber schon der Meinung, dass die totalitären Strukturen beider Regimes frappierende Ähnlichkeiten aufweisen. Beide haben den Verfügungsanspruch über den öffentlichen, gesellschaftlichen Bereich hinaus auf die Menschen ausgedehnt, ihre Eigenverantwortung und ihre Integrität genommen und so ihre Menschenwürde der Ideologie unterworfen. Die lückelose Überwachung der „Feinde“ gehörte in beiden Systemen ebenso zum totalen Anspruch, wie die physische Isolierung in Lagern und Gefängnissen bis hin zur massenhaften Tötung. Beide trieben die ideologische Rechtfertigung ihrer als total geplanten Herrschaft auf die Spitze, indem sie ihrer Ideologie einen konstruierten „wahren Willen des Volkes“ zu Grunde legten. Wir wollen weiterhin klar sagen, welche Dimension der totalitäre SED-Staat hatte und sind nicht bereit, das Feld denen zu überlassen, die das Un-

FREIHEIT UND RECHT

Vierteljahresschrift für streitbare Demokratie
und Widerstand gegen Diktatur

ISSN 05326605

Herausgeber: Dr. h.c. Annemarie Renger †
Bund Widerstand und Verfolgung (BWV-Bayern), www.bwv-bayern.org
Vorsitzender: Dr. Helmut Ritzer, Kochstraße 21, 91054 Erlangen

Redaktion: Jürgen Maruhn, Tel. 089/1576813, E-Mail: juergen.maruhn@gmx.de

Druck: Verlag Nürnberger Presse Druckhaus Nürnberg.

Das Bezugsgeld ist bei den Mitgliedern des BWV-Bayern durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten. Mit dem Bezug unserer Vierteljahresschrift ist aber keine Mitgliedschaft im BWV-Bayern verbunden.

Alle Nachrichten werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr veröffentlicht. Mit dem Namen des Verfassers gezeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.

23. Bautzen-Forum

Ankündigung des Termins:

10. bis 11. Mai 2012
in Bautzen/Sachsen
am Ort zweier
Ex-DDR-Haftanstalten

Thema:

Ein ganz normaler Staat?
Legendenbildung und
Verharmlosung in der
Rückschau auf die DDR

Nähere Informationen bei:
Friedrich-Ebert-Stiftung
Büro Leipzig
Burgstraße 25, 04109 Leipzig
Telefon: 0341-9602431
Lpzmail@fes.de
www.fes.de/Leipzig

recht des Regimes bagatellisieren. Wir werden deshalb weiter über die Opfer beider Diktaturen berichten und über die, die Widerstand geleistet haben.

Wir müssen ein waches Auge für die rechts- und linksextremistischen Bestrebungen in Deutschland und Europa haben. Die gegenwärtige Entwicklung in Ungarn macht große Sorge und muss ebenso sorgfältig beobachtet werden, wie die nachlässigen Reaktionen der EU auf dieses Geschehen und auf die vielen Tendenzen eines rechten Populismus.

Erinnerungsarbeit

Es ist klar, dass wir uns künftig noch mehr als bisher der Erinnerungsarbeit widmen und dabei – auch weil die Zeitzeugen immer weniger werden – die neuen Medien nutzen müssen. Wir sind dankbar für das staatliche Engagement bei den Gedenkstätten, das deren Existenz und deren Arbeit gewährleistet, die mit Blick auf die nachwachsenden Generationen gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Erwähnt werden müssen dabei auch die erfolgreichen Bemühungen der Städte Nürnberg und München, ihre eigenen Dokumentationszentren aufzubauen.

Wir schätzen und anerkennen die Formen des Erinnerns durch die deutsche Politik an den Gedenktagen. Es wäre auf die Dauer aber zu wenig, wenn es allein bei den zentralen Veranstaltungen zum 20. Juli, zum 9. November, zum 27. Januar, zum 17. Juni und zum Tag der deutschen Einheit bliebe. Das Erinnern gehört überall hin. Es gibt die vielen Gedenkorte, z.B. KZ-Außenlager, Gefängnisse und Mahnmale, wo sich örtliche Gruppen und Initiativen mühen, das dort geschehene Unrecht in der Erinnerung der Menschen zu halten. Diese Initiativen brauchen Anerkennung, Ermutigung und Unterstützung. Ihre Arbeit entscheidet darüber, ob die grundlegenden Botschaften des „Nie wieder“ und des „Wehret den Anfängen“ wirklich bei den Menschen heute ankommen. Ihre Anstrengungen müssen auch für unsere Arbeit fruchtbar werden. Das gilt auch für die zahlreichen In-

itiativen, die sich gegen die frechen Herausforderungen der Neonazis wehren, beispielhaft zu nennen sind hier in Bayern die Städte Wunsiedel und Gräfenberg.

Wandel der Gesellschaft als neue Herausforderung

Wir brauchen auch einen interkulturellen Dialog zu Verfolgung und Totalitarismus. Wir sind konfrontiert mit einer Herausforderung, deren Dimension noch kaum ins Bewusstsein der an unserer Arbeit Beteiligten gedrungen ist. Jeder fünfte Bewohner Deutschlands hat einen Migrationshintergrund, das heißt konkret 15,6 Millionen von 82,1 Millionen Menschen in Deutschland bzw. 2,4 Millionen von 12,5 Millionen in Bayern. Die Hälfte dieser Menschen haben die deutsche Staatsangehörigkeit, die andere Hälfte eine ausländische. Darunter sind z.B. 2,9 Millionen Menschen aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion und 1,4 Millionen Menschen aus Polen mit oft leidvollen Erfahrungen mit ihren kommunistischen Regimen; die schlimmsten haben wohl die nach Sibirien und Kasachstan zwangsweise umgesiedelten Wolgadeutschen, die Stalins Terror in seiner brutalsten Form erleben mussten.

Daneben sind die vielen Asylbewerber, die in ihren Heimatländern aus politischen, ethnischen oder religiösen Gründen verfolgt wurden. Auch in ihren Schicksalen spiegelt

sich das Grauen dieser Welt, das durch autoritäre und totalitäre Regime angerichtet wird. Diese Menschen haben das Leid der Verfolgung so erlebt, wie viele Deutsche vor allem während des NS-Regimes. Das Recht auf Asyl unseres Grundgesetzes ist bekanntlich die Antwort der jungen deutschen Demokratie auf die Erfahrungen ihrer eigenen politisch Verfolgten.

Unsere Gesellschaft sollte das Gespräch mit diesen Menschen über deren Schicksale beginnen, einen interkulturellen Dialog zu Verfolgung und Flucht. Das würde das Bewusstsein dafür stärken, dass Widerstand und Verfolgung kein abgeschlossenes Kapitel der Vergangenheit ist, sondern leidvolle Gegenwart für viele Staaten und Gesellschaften und eine Herausforderung für die demokratischen Staaten dieser Welt. Auch wir sollten dies für unsere Arbeit beherzigen.

Wir laden alle Leserinnen und Leser dieser Zeitschrift und vor allem unsere Mitglieder ein, sich an der Diskussion über die weitere Arbeit unserer Vereinigung zu beteiligen. Wir sind offen für alle Anregungen und wollen in Foren die Themen unseres weiteren Engagements erörtern. Wir freuen uns, dass wir auch recht junge Mitglieder für den Vorstand gewinnen konnten, deren unbefangener Blickwinkel im Dialog mit Erfahrung helfen wird, im dargestellten Sinne voranzukommen.

„Der Verfolgung ein Gesicht geben – Sozialdemokraten in der SBZ/DDR 1945–1961“

Bericht von einer Ausstellungseröffnung

Von Gerald Wiemers

Die kleine, wohlausgewogene Ausstellung der Friedrich-Ebert-Stiftung über Sozialdemokraten in der Nachkriegszeit in der SBZ/DDR wurde am 4. November 2011 im Leipziger BüroCafé von Bundesminister a.D. Wolfgang Tiefensee, MdB eröffnet. Über zwanzig Besucher folgten der Einladung, darunter ein Betroffener, der Berliner Zeitzeuge Lothar Otter, Jg. 1931, dem auch eine Tafel gewidmet ist. Die einführenden Worte des Gastgebers, Wolfgang Tiefensee, beschränkten sich nicht nur auf die Vergangenheit, sondern zielten auch auf die Gegenwart, auf die diktatorischen Regimes in der heutigen Welt.

Der Ehrengast Lothar Otter sprach über seinen Weg zur sozialdemokratischen Jugendorganisation „Die Falken“ und nicht in die FDJ, über seinen Widerstand gegen das neue diktatorische System in der SBZ/DDR und über die Verhaftung und Auslieferung an die Sowjets. Die Todesstrafe war noch ausgesetzt, sodass ein SMT (Sowjetisches Militärtribunal) in Lichtenberg (Sowjetsektor von Berlin) ihn „nur“ zu 25 Jahren verurteilte. Er kam ins „Gelbe Elend“ nach Bautzen, in die ehemalige Doppelzelle von Ernst Thälmann, die nun mit 24 Gefangenen belegt war. Nach langen sechs Jahren öffneten sich für Lothar Otter

die Zuchthausstore. Ein neues Leben begann für ihn in der Bundesrepublik Deutschland. Der spannende Vortrag endete mit einer lebendigen Diskussion und anschließenden Führung durch die Ausstellung.

Die Geschichte wird lebendig durch schwere Schicksale in konkreten Bildern: Werner Rüdiger (1901-1966), Jeanette Wolf (1898-1976), Arnold Wend (1906-1980), Albert Wesemeyer (1904-2000), Dieter Rieke (1925-2009), Siegfried Berger (1918-2002). In diese Reihe gehört auch der Leipziger Sozialdemokrat Walter Nienhagen (1927-2007), der später für seine Partei in Siegen/Westfalen als Landrat tätig war.

Die Nachkriegssituation der SPD wird festgehalten in den Komplexen

- Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED in der SBZ (bis zum Mauerbau 1961 bestand die SPD noch in Ost-Berlin und zwar als Teil des (Gesamt)Berliner Landesverbandes der SPD),
- Ostbüro der SPD und
- Machtsicherung der SED.

Die eindrucksvolle, wirksame und heute weitgehend vergessene Arbeit des Ostbüros der SPD (vgl. FREIHEIT UND RECHT, April 2011/1+2, S. 9) hätte man sich etwas ausführlicher gewünscht, vor allem mit Blick auf jüngere Besucher.

Die Ausstellung wird auf dem nächsten Parteitag der SPD zu sehen sein. Sie sollte als Wanderausstellung einem größeren Kreis zugänglich gemacht werden.



Lothar Otter (links), Wolfgang Tiefensee, MdB, Bundesminister a. D.

Neue Formen des Gedenkens in der Kunst

Paul Hufs „Forschungsreise wider das Vergessen“

Von Lars Mentrup

Wie kann man das Unfassbare der Nazi-Zeit in einer neuen Form des Gedenkens verarbeiten? Können wir mit der Kunst eine neue Sprache der Vermittlung finden? Paul Huf hat einen gelungenen Versuch angestellt.

Am 20. November 2011 jährte sich die erste Deportation jüdischer Münchner nach Kaunas in Litauen. An jenem Tag vor siebzig Jahren begann für 976 jüdische Münchner - Frauen, Männer und Kinder - die Reise vom Barackenlager Milbertshofen in den Tod. Kurz nach ihrer Ankunft wurden sie am 25. November 1941 ermordet.

Vom 6. bis 20. November 2011 begab sich der Künstler Paul Huf auf eine „Forschungsreise wider das Vergessen“, um den Verbrechen jener Zeit auf die Spur zu kommen. Gemeinsam mit einem Holocaust-Überlebenden und zwei weiteren

Begleitern fuhr er mit dem Zug entlang der Deportationsrouten über Theresienstadt, Auschwitz, Lublin schließlich bis nach Kaunas. Die Eindrücke hielten die Forschungsreisenden schriftlich und bildlich in einem Reisetagebuch fest. Es entstand eine eindringliche, aber nicht aufdringliche Sammlung aus Zitaten, Fotos, Zeichnungen und Logbucheinträgen.

Noch während der Reise wurden die Eindrücke täglich per Internet nach München übertragen und abends mit Hilfe einer Projektion an die Hausfassade des Kulturhauses Milbertshofen gezeigt. Gleichzeitig wurden die Notizen und die Projektion auch im Internet weltweit verfügbar gemacht. Unter www.forschungsreise-wider-das-vergessen.de/reisetagebuch ist ein neuer Blickwinkel auf das dunkelste Kapitel deutscher Geschichte auch weiterhin zu finden.

Paul Hufs Werke von der Forschungsreise und die Projektion sind vom 1. Dezember 2011 bis 28. Januar 2012 in einer Ausstellung im Kulturhaus Milbertshofen zu sehen – und mit einer Finissage am letzten Tag endet üblicherweise das Geschehen. Doch hier nicht: Die Arbeiten können ab dem 2. Februar über den Kunstverleih Milbertshofen ausgeliehen werden. So wandert das Gedenken in die privaten Räume und der Graben zwischen öffentlichen Appellen zum Gedenken und zur Beschäftigung im Privaten wird überwunden.

Der Autor

Lars Mentrup, 35, München, Mathematiker, Produktionsleiter des Projekts „Forschungsreise wider das Vergessen“, seit 12. November 2011 Vorstandsmitglied des BWV-Bayern.

Ausstellung Gymnasium in Kaunas, Litauen.



Jakob Goldscheid (1910–2010) überlebte zwei Diktaturen

Von Horst Hennig und Gerald Wiemers

Das Leben des Jakob Goldscheid war aufregend, der Lebenslauf gebrochen, sein Dasein oft genug gefährdet. Grenzverschiebungen ließen kaum ein Heimat- oder Nationalgefühl aufkommen. Dem Glauben der Väter blieb er desto enger verbunden. Die Fakten sind im Telegrammstil wiedergegeben. Wie es in ihm ausgesehen haben mag, wissen wir nicht. Zu seiner Umgebung war er stets freundlich, hilfsbereit und heiter. Erst im letzten Jahrzehnt scheint der überaus kluge Mann die Ruhe gefunden zu haben, die ihm seine Heimat nicht geben konnte.

Geboren am 3. August 1910 in Bessarabien, ein Landstrich zwischen den Völkern und inmitten der Völker. Sein Geburtsdorf Wertusch an Fluss Dnister (Dnjestr) gelegen, gehörte zu Russland, zur UdSSR, zur Moldauischen Sowjetrepublik, nach 1919 zu Rumänien, schließlich ab 1940 wieder zur UdSSR und dann endgültig zu Moldawien. Seine Eltern jüdischen Glaubens Joil Goldscheid (1860-1930) und Boba (†1915) arbeiteten in Wertusch an als Bauern und hatten acht Kinder: Tila, Nahum, Josef, Baruch, Isaac, Rachel, Jakob und Awner.¹ Die Mutter starb, als Jakob fünf Jahre alt war. Sein Vater hat wieder geheiratet. Die zweite Frau hat ein Kind in die Ehe mitgebracht. Gemeinsame Kinder gab es nicht. Sein jüngster Bru-

der Awner ist mit 24 Jahren Opfer des „Großen Terrors“ von Stalin und seines Geheimdienstchefs Nikolai I. Jeschows geworden.

Für den begabten Jakob wurde alles getan, um ihn eine hohe Schulbildung zu ermöglichen. Er wuchs



Der Autor

Dr. med. Horst Hennig, Generalarzt a. D. der Bundeswehr, begann sein Medzinstudium an der Universität Halle, wo er von den Sowjets aus politischen Gründen verhaftet und in den Gulag nach Workuta an der nordsibirischen Eismeerküste verbracht wurde. Seit seiner Haftentlassung lebt er in der Bundesrepublik, hauptsächlich in Köln, und widmet sich bis heute der Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur in Wort und Schrift und durch die Tat.

zweisprachig auf (Jiddisch, Rumänisch), besuchte ab 1915 die jüdische Religionsschule, 1919 die Volksschule und schließlich ab 1925 das jüdische Gymnasium „Davidstern“ in Kischinow. Zu dieser Zeit beherrschte er fünf Sprachen: neben Jiddisch und Rumänisch auch Hebräisch, Deutsch und Französisch. Ausgestattet mit einem Visum konnte er sich 1928 am Agrarwissenschaftlichen Institut der Universität Toulouse einschreiben. Er reiste zusammen mit seiner Schwester nach Frankreich.² Allerdings studierte er kaum, sondern arbeitete in einem Chemiebetrieb. Die äußeren Umstände zwangen ihn dann, eine Stelle als Schriftsetzer in der Druckerei „Drapeau Rouge“ in Paris anzunehmen, in der die kommunistische Zeitung verlegt wurde. Als sein Visum abgelaufen war, kehrte er 1932 nach Rumänien zurück. Goldscheid leistete seinen zweijährigen Wehrdienst in der rumänischen Armee. Anschließend unterrichtete er als Lehrer für Mathematik und Französisch in der nordrumänischen Universitätsstadt Jassy. Nach der Besetzung Bessarabiens durch die „Rote Armee“ war er kurze Zeit Redakteur einer Zeitung in Soroka, nahe der Grenze zur Ukraine. Hier heiratete er seine Frau Eva (1921-1986). Mit Kriegsausbruch 1941 flieht Goldscheid in das südliche Zentralrussland, in das Gebiet (Oblast) Tambow. Im Oblast Orłowskaja gerät er in ein Arbeits-Bataillon und wird als Bauwollpflücker nach Taschkent geschickt. Nur ein Jahr später, 1943, unterrichtet er als Deutschlehrer in Kasansai, Oblast Namangan (Usbekistan) und ein Jahr darauf wird er als Regiments-Dolmetscher zur Roten Armee eingezogen. Am 9. Februar 1945 gerät er als „Rotarmist“ in deutsche Gefangenschaft und wird am 5. Mai von der amerikanischen Armee befreit. Nur wenige Monate später wird er als Dolmetscher für Englisch eingesetzt, ehe er wie-

der bei der Roten Armee in Wien als Dolmetscher arbeitet. Schließlich wird er demobilisiert und kehrt nach Soroka in Moldavien zurück. Hier unterrichtete er fünf Jahre Russisch und Französisch. Sein Sohn Ilja³ wird 1947 in Soroli geboren. 1951, im Zuge einer Massenverhaftung durch den sowjetischen Geheimdienst MGB, wird er festgenommen und wegen „zionistischer Umtriebe“⁴, dem sowjetischen Antisemitismus geschuldet, zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Der sowjetische Geheimdienst verschleppte ihn in das nördlich vom Polarkreis gelegene Workuta. Dort arbeitete er in dem berüchtigten Straflager Nr. 10, Schacht 29. 1953 wird er unmittelbar Zeuge des Aufstandes der Gefangenen aus mehr als 20 Ländern gegen ein unmenschliches System. Sie streikten gegen die unrechtmäßige Behandlung und für bessere Lebensbedingungen.

Am 31. Juli / 1. August 1953 schießen Truppen des Innenministeriums auf die wehrlosen, ausgehungerten Gefangenen. 62 werden getötet und 136 verletzt. Unter den Schwerverletzten befand sich der deutsche Gefangene Bernhard Schulz (geb. 1926). Durch eine Schussverletzung wird er arbeitsunfähig. „Ich erhielt weniger Lebensmittel“, schreibt Bernhard Schulz rückblickend 2001, „was sich auf meinen gesundheitlichen Allgemeinzustand lebensbedrohlich auswirkte. In diesem Zustand bekam ich Beistand und lebenswichtige Nahrungsmittelzuwendungen von meinem russischen Mithäftling jüdischen Glaubens, dem Sprachlehrer Jakob Goldscheid.“⁵ Ähnlich äußerte sich der deutsche Häftling Heini Fritsche, der eine lebensgefährliche Verwundung erlitt. „Im Lagerhospital war ich längere Zeit bettlägerig, wurde aber auf Betreiben des Politoffiziers des Lagers 10 in nicht ausgeheiltem Zu-



Der Autor

Professor Dr. Gerald Wiemers ist Historiker und Archiwissenschaftler. Seine Spezialgebiete sind Jugendwiderstand unter der SED-Diktatur sowie Wirken und Verfolgung jüdischer Wissenschaftler an der Universität Leipzig. Kürzlich erschien der sechste Band der Sächsischen Lebensbilder, für den Prof. Wiemers verantwortlich zeichnet.

stand zurück ins Bergwerk geschickt. Meine allmähliche Gesundung verdanke ich der tätigen Hilfe des russischen Mithäftlings jüdischen Glaubens Jakob Goldscheid, indem er für bessere Ernährung sorgte.“⁶

Im Juli 1956, lange nach Stalins Tod, wird Jakob Goldscheid aus dem Straflager Nr. 10, Schacht 29, aus Workuta entlassen. Eine Rehabilitation durch die russischen Behörden erfolgte nicht. In Lwow, früher Lemberg, erhält er eine Anstellung als Englischlehrer. Aber schon nach kurzer Zeit wird er, trotz des XX. Parteitages der KPdSU, als „Workuta-Sträfling“ entlassen. Goldscheid nahm dann eine Stelle im Innenministerium als Lehrer in einer Strafanstalt für Jugendliche an. 1978 trat er in den Ruhestand und zehn Jahre später wandert nach Israel aus. Dort trifft und heiratet er bald eine alte Bekannte.⁷ Einmal jährlich ist er zu Besuch in die Bundesrepublik gereist. In Bochum hat er seinen Sohn besucht, der an der dortigen Universität als Dozent Mathematik lehrte.

Anlässlich seines 100. Geburtstages erinnerte die Lagergemeinschaft Workuta in einem Schreiben an die Toten und Verwundeten des Aufstandes von 1953 in Workuta: „Sie setzten ihr Leben gegen eine unmenschliche Diktatur ein, für Freiheit, Recht, Menschlichkeit und gegen ein verbrecherisches kommunistisches Regime.“ Jakob Goldscheid gehörte zu den Aufrechten, zu den Humanisten in einer dunklen Zeit.

Seine Schwester Rahel mit Familie wurde Opfer des Holocaust und sein Bruder Awner kam im Gulag um. Er hat beide Diktaturen glücklich überstanden und starb am 26. Oktober 2010 in Ganey Tikva in Israel.

1 Tila (1894-1966, UdSSR), Nahum (*1896, USA), Josef (*1899, USA), Baruch (*1901, USA), Isaac (*1904, USA), Rachel (1908-1942 [?], KZ Auschwitz [?]), Jakob (1910-2010), Awner (1913-1937, ermordet in der UdSSR während des Stalinschen Terrors).

2 Jakob Goldsteins Schwester kehrte nach Bessarabien zurück und erkrankte an Tbc, erholte sich, heiratete und bekam zwei Kinder. Ihre ganze Familie ist während des Krieges 1942 (?) im Holocaust im Todeslager Auschwitz (?) umgebracht worden.

3 Prof. Dr. Ilya Goldscheid lebt in London und lehrt Mathematik an der Queen Mary University of London.

4 Heini Fritsche an Gerald Wiemers, Bonn, 3. Jan. 2011

5 Bernhard Schulz, Vaihingen, an Dr. Horst Hennig, 17. April 2001

6 Heini Fritsche, Bonn, an Dr. Horst Hennig, 15. April 2001

7 Seine zweite Frau Karina Shvartzman (1912-2007) lernt er bereits in Paris, im Rekrutierungsbüro für die Internationalen Roten Brigaden für den spanischen Bürgerkrieg kennen. Sie war damals Mitte zwanzig. Nach ihrer kommunistischen Vergangenheit in der Zeit der Perestroika befragt, meinte sie: „War man jung, war man dumm“.

Vom Kommunisten zum Dissidenten: Alfred Kantorowicz (1899-1979)

Von Martin Rooney

„Hier war ein unsicherer Kantonist. Der stellte in Frage, was angeblich ewig dauern sollte. Die Mächtigen nennen das Ketzertum und fürchten solche innere Gegnerschaft weit mehr als den Feind von außen. Der hier war ein Ketzer. Alle Zeiten, auch die unsere, haben den Typus nötig wie die Luft zum Atmen.“ So würdigte der Schriftsteller Ralph Giordano in seiner Rede zur Eröffnung der Alfred-Kantorowicz-Ausstellung am 6. Oktober 1999 in der Universitätsbibliothek Hamburg seinen langjährigen Freund und Mentor. Das ist das Los jedes „streitbaren Humanisten“ (Heinrich Mann) im 20. Jahrhundert gewesen. Einer, der sich nicht korrumpieren ließ; einer, der sich nichts abhandeln noch anhängen ließ; einer, der sich eher verkroch als anbiederte – der Freund Ernst Blochs, Heinrich Manns und Lion Feuchtwangers, der Mitarbeiter Willi Münzenbergs und Arthur Koestlers, der Feind „Kubas“ und Ulbrichts (der ihm die Kenntnis der verhängnisvollen kommunistischen Aktivitäten hinter den Fronten im Spanischen Bürgerkrieg nie verzieh). Denn „Kanto“, wie ihn seine Freunde nannten, war ein Kämpfer, Teilhaber an den großen gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen, die schließlich auf ihn zurückfielen. Er hat nicht beiseite gestanden und nicht nur mit dem Wort gekämpft, sondern auch mit der Waffe. Anlässlich seines 70. Geburtstags konstatierte die „Frankfurter Rundschau“ nüchtern: „Alfred Kantorowicz, Professor, Schriftsteller, Jude, Kommunist,

Spanienkämpfer, ist von Niederlagen bedeckt wie ein alter Kämpfer von Wunden.“ Sein Blick, so zeigen alte Photos, war von melancholischem Ernst, teilweise kritischer Kühle: selten umspielte ein Lächeln seine sinnlichen Lippen. Emotionen zu zeigen war seine Sache nicht. Die Lebensgeschichte des 1979 in Hamburg verstorbenen Literaturwissenschaftlers und Publizisten war zugleich auch die Geschichte eines lebenslangen Leidens an Deutschland. Dieser knappe Aufsatz soll einen ersten Einblick in Leben und Werk eines Autors geben, der wie kaum ein anderer Chronist seiner Zeit war.

Alfred Kantorowicz wurde am 12.8.1899 in Berlin in eine gutbürgerliche jüdische Kaufmannsfamilie hineingeboren. Sein Geburtshaus stand in der Krausnickstraße 1, aber seine Kindheit verlebte er unter anderem am Holsteiner Ufer. Als Kriegsfreiwilliger wurde der siebzehnjährige Schüler der Hohenzollern-Oberrealschule in Schöneberg Soldat und nahm bis zu einer Verwundung am 1. Weltkrieg teil. Nach 1918 kehrte er als Kriegsverwehrt in die Heimat zurück und erhielt für seine Verdienste das Eiserne Kreuz.

Sein Jurastudium begann er 1919 auf Anraten seines Vaters in Berlin. Aus eigenem Interesse studierte er auch Germanistik. Damals lernte er Lion Feuchtwanger und Ernst Bloch kennen, denen er sein ganzes Leben lang verbunden bleiben sollte. Sein weiteres Studium führte ihn nach Freiburg, dann nach Erlangen. Unter dem Eindruck des



Alfred Kantorowicz.

massiven Antisemitismus in der Erlanger Studentenschaft verfasste er seine Doktorarbeit „Die völkerrechtlichen Grundlagen des nationaljüdischen Heims in Palästina“ (1924). Damals entstand auch sein Drama „Erlangen. Deutschland: Das ist eine Minderheit“, das erst 1929 zur Veröffentlichung gelangte. Der engagierte Journalist, seit 1928 in Paris wohnhaft als Frankreich-Mitarbeiter der „Vossischen Zeitung“, der „Literarischen Welt“ und der „Weltbühne“, trat 1931 unter dem Eindruck des Prozesses gegen Carl von Ossietzky in Berlin der KPD bei, weil er damals glaubte, in ihr die konsequenteste antifaschistische Kraft entdeckt zu haben. Bis zur Machtergreifung durch die Nationalsozialisten lebte er im legendären „Künstlerblock“ am Laubenheimer Platz und kämpfte mit Wort und Tat gegen die immer bedrohlicher werdende nationalsozialistische Bewegung. Im Rahmen einer Flugblattaktion der Bewohner der Künstlerkolonie gegen die Nazis lernte Kantorowicz auch Karola Piotrowska kennen. Die Hochzeit mit ihr war schon geplant, als sie Ernst Bloch traf und ein Jahr später dessen dritte Ehefrau wurde. 1933 konnte Alfred Kantorowicz, als Jude und Kommunist doppelt gefährdet, nur knapp der Verhaftung durch die Gestapo entgehen und floh mit seiner späteren ersten Ehefrau Friedel nach Paris. Dort konnte er durch die Mit-

arbeit an dem von Willi Münzenberg herausgegebenen „Braunbuch über Reichstagsbrand und Hitlerterror“ dringend benötigtes Geld verdienen. Am ersten Jahrestag der Bücherverbrennung gründete er den „Schutzverband deutscher Schriftsteller im Exil“ und die „Freiheitsbibliothek“, in der Bücher von exilierten und verfeimten deutschen Autoren erschienen. Was in Deutschland verboten und verbrannt worden war, wurde in aller Welt gesammelt. Bereits am Eröffnungstag zählte die Freiheitsbibliothek über 11 000 Bände. Damals arbeitete er eng mit Heinrich Mann zusammen, dessen Werk und dessen Wirken ihm, wie auch Carl von Ossietzky, zum Vorbild wurden. Während des Spanischen Bürgerkriegs, über den er ein auflagenstarkes „Spanisches Tagebuch“ geschrieben hat, kämpfte er auf der Seite der Republikaner in einer der Internationalen Brigaden. Nach deren Niederlage kehrte er nach Frankreich zurück, von wo er, nach Kriegsausbruch im Internierungslager Les Milles festgesetzt, nach fast dreimonatiger Odyssee am 18. Juni 1941 von Marseille mit dem Schiff nach New York gelangen konnte.

Die Eingewöhnung in den USA vollzog sich allem Anschein nach reibungslos. Auf Empfehlung Feuchtwangers erhielt er ein Arbeitsstipendium der Stiftung Yaddo, die Zeitschrift „Tribüne“ bot ihm Mitarbeit an, Kontakte zu amerikanischen Schriftstellerkollegen gestalteten sich vielversprechend, schließlich erhielt er einen Job bei der Rundfunkstation CBS. Seine Aufgabe war das Abhören und Auswerten der sogenannten Feindsender. Beindruckt zeigte sich Kantorowicz von der Art und Weise, wie am 10. Mai 1943 Amerika unter Roosevelt des 10. Jahrestages der Bücherverbrennung gedachte. Er selbst veröffentlichte dazu Artikel, z. B. in „Free Monthly“; schon darin fand sich eine nach Nationalitäten aufgeschlüsselte Liste von Schriftstellern, von Sherwood Anderson bis Julius Tuwim, die 185 Schriftsteller anführt, honored by having their works barred from nazi Germany (Alfred Kantorowicz).

Als sich das politische Klima gegenüber denjenigen, die vorzeitig

und exzessiv gegen Hitler gekämpft hatten, zu verschlechtern drohte, als die Einbürgerungschancen sanken, überdies die Furcht aufkam, man könnte unter Umständen unfreiwillig an die USA gekettet sein, traf Kantorowicz Anfang 1946 ernsthaft Vorbereitungen zur Heimkehr. Feuchtwangers Ratschlag, die Tür nicht zu überstürzt zuzuschlagen, überzeugte Kantorowicz jedoch



Der Autor

Dr. Martin Rooney, geb. 1948 in Manchester. Studium Germanistik, Philosophie und Soziologie an den Universitäten Birmingham, Mainz, FU Berlin und Bremen. B.A. (Hons.) und Dr. phil. Lehrbeauftragter an der Hochschule Bremen. 1. Vorsitzender der Armin T. Wegner-Gesellschaft 1986 - 1999. Seit 1990 freier Autor, Übersetzer und Erwachsenenbildner in Bremen.

nicht. Er sei, wie Kantorowicz damals formulierte, „zu jung, um nur an Sicherheit zu denken und den Zuschauer im Existenzkampf meines Volkes zu spielen“. Ein Brief an Karola Bloch vom 4. November 1946 verweist nicht nur auf früh erkannte Fronten, verblüfft durch den depressiven Tenor in Kantorowicz' Prognose, die völlig mit seinen Aufbau- und Vermittlungsabsichten kontrastiert: „Die letzten Wochen waren mehr als unerquicklich. Das Ausmaß unserer Niederlage ist von Tag zu Tag offener geworden. Hitler hat im Weltmaßstabe gesiegt, uns ist keine Rast gegeben. Ich sehe schwarz für die nähere Zukunft – generell und persönlich. Was falsch

gemacht werden kann, wird falsch gemacht werden von Leuten, die seit nunmehr zwanzig Jahren alles falsch machen; es ist eine liebe, alte eingefleischte Tradition geworden. Was mich betrifft, so verlasse ich Amerika mit leeren Händen und in der Gewissheit, dort drüben Herzfeldes und Weiskopfs und Bredels in Hülle und Fülle zu finden, die in Ermangelung anderer Erfolge mich mit Erfolg daran hindern werden, zu Worte zu kommen.“

In sein Tagebuch notierte Kantorowicz am 7. Dezember 1946 vor der Ankunft in Bremerhaven: *Morgen früh dürfen wir an Land. Das Exil ist zu Ende.* In greifbare Nähe gerückt war die Verwirklichung eines lang gehegten Plans: Die Herausgabe einer von allen Besatzungsbehörden lizenzierten Kulturzeitschrift, die sich als Ziel setzte, wie er in einem Brief vom 15. August 1946 an Feuchtwanger formulierte „eine intellektuelle Verständigung zwischen hüben und drüben anzubahnen.“ Das Ergebnis dieses weniger explizit politischen als vielmehr geistigen Brückenschlages stellten die dreißig Hefte seiner ab Sommer 1947 unter alleiniger sowjetischer Lizenzierung startenden Zeitschrift „Ost und West“ dar. Die Zeitschrift zielte konzeptionell darauf ab, vor allem junge Leser in allen Besatzungszonen anzusprechen und wies dementsprechend ein vielfältiges, deutlich übernationales Profil auf. Mittels biographischer Skizzen wurden die Leser an bedeutende, aber in Deutschland unbekannt Schriftsteller heran geführt. Der Vermittlungsanspruch war umfassend, da die Jugendlichen im Nachkriegsdeutschland so gut wie nichts von Exil- und Katakombenverhältnissen wissen konnten, ihnen damit jedes Bewusstsein von der Nobilität der geistigen Freiheit (Alfred Kantorowicz) abging. Die Jugend müsse angeleitet werden, aufmerksam gemacht werden auf diese noch zu entdeckende geistige Schatzkammer. Leitbilder eines Literaturkanons, dem es um weltanschauliche Orientierung statt Verpöbelung ging, lieferte die weite Palette von Exilautoren.

Im Kontext von Kantorowicz' Wunschtraum einer Generationen-

Verständigung kam der Repatriierung der verdrängten Exilliteratur ein vorderster Platz zu; sie konnte den Horizont der Nachkriegsleser korrigieren, erweitern und schärfen. In diesem Sinne sprach Kantorowicz nach seiner Ankunft in Deutschland in einer 1947 von Radio Bremen ausgestrahlten Rundfunksendung mit dem Titel *Vom moralischen Gewinn der Niederlage*. Rückschauend bezeichnete er die Exiljahre als Dienst an Deutschland, und vorausschauend ging er davon aus, dass es nunmehr vor allem auf eines ankommen würde, auf das fruchtbare, vorbehaltlose Gespräch aller mit allen, die Hitler die Stirn geboten hatten, egal ob sie ehrenhaft im Reich überdauert oder aus dem Exil, von außen Einfluss zu nehmen versucht hatten. Ihm schwebte eine Art gesellschaftlicher und geistiger Läuterungsprozeß vor. Kantorowicz ging es darum, den unvoreingenommenen und breitestmöglichen gesellschaftlich-literarischen Diskurs zwischen Exilierten, Vertretern des Widerstands gegen Hitler sowie der „inneren Emigration“ zu initiieren und zu führen. 1947 entstand gemeinsam mit dem Publizisten Richard Drews eine wichtige Pionierarbeit unter dem Titel „Verboten und verbrannt“, die eine erste alphabetische Zusammenstellung mit 191 Textproben und eine 556 Autoren umfassende Bio-Bibliographie darstellte. Der Glaube an die überdauernden Leistungen des Exils war es, der ihn 1947 ermutigte und in der Illusion bestärkte, dass die Rückkehrer aus dem Exil mit allem Recht nicht als Nachhut, nicht als letzte Überlebende einer zusammenstürzenden Zivilisation, sondern als Vortrupp einer neuen Gesellschaft und als Architekten des neu zu erbauenden Hauses eine konstruktive und konstitutive Rolle im Nachkriegsdeutschland spielen würden. Gleichzeitig erinnerte er hier, wie in zahlreichen späteren Reden und Publikationen, an die Heterogenität im Exil, verwies auf das, was er 1978 in einer letzten Aufarbeitung und Bilanz einer „Politik und Literatur im Exil“, als das Stigma der Vielspältigkeit des Exils erkennt und entfaltet. Gern strich er die solidarischen Höhepunkte einer Gegenwehr im Exil heraus, breitete genauso akribisch

Beispiele durchlittener Niederungen aus, aus denen das Exil oftmals bestanden hatte, führte er Verlustlisten an. Kantorowicz machte es sich zur Mission, den Weg zur Rezeption der Literatur des Exils zu ebnen, denn die deutsche Rehabilitation vor der Welt ist bedingt durch innere Rehabilitation, und die deutsche Freiheit wird gewonnen oder verloren in dem Maße, in dem wir unsere innere Freiheit zurückerobern. Erlebnisse und Erfahrungen wie das von Ulbricht 1949 erzwungene Ende von „Ost und West“, die Absetzung im Jahre 1951 seines Antifaschismus-Schauspiels „Die Verbündeten“ vom Spielplan, die Ablehnung einer Neuauflage seines Spanienbuches beförderten Kantorowicz' Frontstellung gegenüber dogmatischer Starre und gesellschaftlich erwünschter Konformität in der DDR. Dies spiegelte sich sinnfällig in „ungehobelten Versen“, die Kantorowicz aus Protest gegen einen Schlagler der FDJ, sicherlich dem Gegenbild seiner „suchenden Jugend“, notierte:

„Tretet einmal aus der Reihe.

Seht, das war das wahrhaft Neue
Geht alleine, ohne Tritts,
nicht mit tausend andern mit.
Nicht in Rudeln, nicht in Rotten
Massenware zum Verschrotten;
Nicht in Haufen, nicht in Horden.
Ost und West und Süd und Norden
Seht Euch um, bleibt einmal stehen.
Schöpft tief Atem, lasst Euch gehen.
Nicht Euch führen gleich dem Blinden,
unbedenklich, fraglos binden.
Selber sollt den Weg Ihr finden.
Zu Euch selber sollt Ihr finden.“

Die verbleibenden Jahre in der DDR kämpfte Kantorowicz, der 1947 der SED beigetreten war, auf dem akademischen Nebenkriegsschauplatz als Germanistik-Professor an der Humboldt-Universität, den er auch als Zufluchtsort zu schätzen wusste. Selbst wenn er später diese Phase verbittert als Einbahnstraße in die Sackgasse der Zwangsbewirtschaftung von Kunst, Literatur und Wissenschaft durch geistfeindliche, amüsische Parteifunktionäre bewertete, die universitäre Lehre trug ihm bis zu einem gewissen Grade Kontakt und Einfluss auf eine nach-

wachsende Studentengeneration ein. Er hielt Vorlesungen über Exilautoren und schuf entscheidende Voraussetzungen zur Verbreitung und Erforschung von Exilliteratur, indem er systematisch das Heinrich-Mann-Archiv aufbaute und in den Jahren 1951-56 dessen Oeuvre edierte und kommentierte. Neben Thomas Mann zählte auch Lion Feuchtwanger zu den bevorzugten Autoren, deren Werke auf seine Anregung hin eine wissenschaftliche Auseinandersetzung in der DDR erfuhren. Doch schon nach dem Aufstand vom 17. Juni 1953 griff die innerstaatliche Verhärtung auch auf die Universitäten über. Nach dem Ungarn-Aufstand im Jahre 1956 wollte die SED endgültig die Kontrolle über den Hochschulsektor haben. Die Ungarn-Resolution, die das gewaltsame Vorgehen der Sowjet-Truppen gegen die freiheitlichen Kräfte Ungarns rechtfertigen sollte, unterschrieb Kantorowicz nicht und floh im August 1957 in die Bundesrepublik, nachdem er deutliche Hinweise auf seine bevorstehende Verhaftung erhalten hatte.

Doch auch in der Bundesrepublik entzog man sich ihm. Er musste jahrelang um seinen Status als Flüchtling kämpfen. Auf seiner weitgehend von Nichtbeachtung in der Bundesrepublik geprägten Wache im Niemandsland blieb ihm in relativ bescheidenem Maße Gelegenheit, sich für die Verbreitung von Exilliteratur einzusetzen. Die Abrechnung mit dem Ulbricht-Orbit, wie er es nannte, überlagerte und lenkte auch die Art, wie er die Exilliteratur betrachtete, und bestimmte auch seinen Blickwinkel. Seine Tagebücher der Jahre 1945-1957 wurden unter dem Titel „Deutsches Tagebuch“ Erster Teil (1959) und Zweiter Teil (1961) im Münchner Kindler Verlag veröffentlicht. Mit zuweilen ätzender Schärfe und großer Bitterkeit fällt er ein Urteil darüber, was in den Jahren 1945-1961 im westlichen und östlichen Teil Deutschlands verpasst und verpatzt worden war. Er zog im Nachwort ein klares Fazit: „*Die Überzeugung, der ich drüben nicht abschwören wollte und der ich hier (bislang) nicht abschwören musste, ist diese: Der Kampf gegen die Tyrannei ist unteilbar.*“

Nach einem unerquicklichen Aufenthalt in Bayern lebte er ab 1963 im weltbürgerlich liberaleren Hamburg, veröffentlichte wichtige Bücher über Nationalsozialismus, Faschismus und Stalinismus. Einige seiner wichtigsten Publikationen in diesen Jahren seien hier aufgezählt: „Deutsche Schicksale. Intellektuelle unter Hitler und Stalin“ (1964), „Im zweiten Drittel unseres Jahrhunderts“ (1967), „Der geistige Widerstand in der DDR“ (1968), „Exil in Frankreich“ (1971) und „Die Geächteten der Republik“ (1977). Doch Exilerfahrungen, zumal von einem Kommunisten bzw. „Renegaten“, interessierten wenig. Von rechts und links politisch diffamiert, blieb er ein Außenseiter. Das Wirtschaftswunderland Bundesrepublik schenkte seiner Meinung nach dem Geistigen und dem Musischen kaum Aufmerksamkeit, kannte kaum den produktiven Zweifel. Hier offenbarte sich die Kontinuität eines fortwirkenden Anti-Intellektualismus, gepaart mit einer Ideologie des raschen Davonkommens, so dass, was die Botschaft der Exilierten

betrifft, der Kraftakt der kollektiven Verdrängung der Zusammenhänge vollständig gelungen schien. Er hat von seinen Irrtümern gesprochen, wo andere sie verschwiegen haben. Er hat nicht gekuscht: das haben ihm weder die Apparatschiks in der DDR noch die Rechten in der Bundesrepublik Deutschland verziehen. Nach dieser Biographie – seine gesamte Familie wurden in den Vernichtungslagern der Nazis ermordet –, einer Folge von Niederlagen gegen das falsche Deutschland, nach diesen Exilerfahrungen und Verfolgungen, wie hätte er da irgendwo in Deutschland heimisch werden können? Dennoch hat er nicht kapituliert. Man muss illusionslos leben, sagte er sich in seine Einsamkeit hinein. Und er fuhr fort: *„Jeder von uns muss, bei allem, was er tut, allem, was er schreibt und denkt, mit der Möglichkeit, ja Wahrscheinlichkeit rechnen, dass es à fond perdu getan, gedacht, geschrieben ist. Und er muss es trotzdem tun. Die einzige Hoffnung, die er nähren darf, ist die, dass künftige Geschlechter sich wieder einmal dessen erinnern, das er vielleicht*

der eine unter tausend sein wird, dessen Handlungen zurückgerufen und als Exempel statuiert werden. Dieser Zufall ist möglich. Mit ihm rechnen darf jeder. Lasst uns so leben und sterben, dass diese Chance uns bleibt.“

Im Alter von 79 Jahren starb Alfred Kantorowicz am 27. März 1979. Sein unbequemer Standpunkt des *de omnibus dubitandum* kostete ihn letzten Endes den hohen Preis, von allen Seiten missdeutet zu werden. Willy Brandt würdigte die Lebensleistung des Verstorbenen mit Worten, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließen: „Mit Alfred Kantorowicz hat uns ein bedeutender Schriftsteller und Gelehrter verlassen, den wir noch länger gebraucht hätten. Er war ein unbestechlicher, moralisch empfindender und handelnder Mann. Das wissen nicht nur die, die ihn persönlich kennen gelernt haben, „sondern auch die, die seine Bücher lesen.(...) Ein Mann wie er ist nicht ausgelöscht mit dem Tod. Sein Werk bleibt, und seine Arbeit im Dienst anderer bleibt.“

Von den Nazis vertrieben: Orthopäde Ernst Bettmann

Von Gerald Wiemers

In seiner Geburtsstadt Leipzig erinnert kein Straßename und keine Tafel an den großen Orthopäden Ernst Bettmann (1899-1988). In das Bewußtsein haben ihn zwei Frauen gerückt: die Ärztin Uta Hebenstreit 1997 mit einem Biogramm und die Historikerin Andrea Lorz 2009 mit einem Aufsatz in der polnischen Zeitschrift „*Studia Humanistyczne*“. Die Suche nach einem Foto hat Frau Yvonne Stern (Rio de Janeiro) geduldig verfolgt und Dr. Ernst Bettmanns Tochter Susan hat den Wunsch erfüllt. Als Jude mußte er Deutschland verlassen, etwas später als die meisten

anderen, die noch fliehen konnten, weil er nach dem Notabitur an der Thomasschule 1917 noch in den Krieg geschickt wurde und damit als Kriegsteilnehmer galt. 1933 erfolgte der Herauswurf an der Universität Leipzig und zum 1. Mai 1935 erhielt er die „offizielle“ Kündigung. Seine Habilitation hatte sein Gönner, der Ordinarius für Orthopädie Prof. Dr. Franz Schede 1933 noch durchsetzen können, die Entlassung konnte er nicht aufhalten. Bettmann wechselte als ao. Professor und Privatdozent an die orthopädische Privatklinik seines Vaters am Dittrichring 20 a. Die

Universitätslaufbahn bleibt ihm verschlossen. Sein jüngerer Bruder Otto (1903-1998), promovierter Historiker, hatte Deutschland bereits verlassen und sich in New York eine Weltkarriere als Starfotograf mit dem Bettmann-Fotoarchiv aufgebaut. 1937 emigriert Ernst Beckmann nach New York. Seine Eltern Hans und Charlotte wollten ihre Heimat zunächst nicht aufgeben, u.a. auch deshalb, weil der Vater Hans schwer erkrankt war. Nach dem Entzug der Approbation am 1. Oktober 1938 gehörte Dr. Hans Bettmann zu den Leipziger jüdischen Ärzten, die als

Von Nazis vertrieben

„Krankenbehandler“ oder „Heiler“ ihre jüdischen Patienten weiter betreuen durften. Er musste 1939 seine Klinik und die Wohnung im Dittrichring 20 a aber aufgeben und mit seiner Frau in ein sogenanntes „Judenhaus“ ziehen. Ab 28. März 1939 wohnten sie bis zu ihrer Emigration in der Jacobstraße 11. „Wie lan-

Vorzugsquote für die Eltern, deren Einwanderungsangelegenheiten betreffend, bekommen. Das Affidavit kam, wie bei Ernst, von Alfred, dem Neffen aus Cincinnati. Im März 1940 gingen die Bettmanns in Triest an Bord des letzten Schiffes, das noch Auswanderer nach Amerika brachte. Alles was sie hatten, wa-

biographischen Aufzeichnungen heißt es: „... Ich konnte glücklicherweise Anteil nehmen am Nutzen der spektakulären, ungeahnten therapeutischen Möglichkeiten im Allgemeinen und in der orthopädischen Praxis im Besonderen, ... Auf dem Gebiet der Orthopädie war ich Zeuge der verblüffenden Resultate des



Dr. Ernst Bettmann 1978/79.

Foto: Andrew J. Popper

ge Dr. Bettmann dort, nicht zuletzt auch infolge seiner fortschreitenden Erkrankung, noch in geringem Maße praktiziert hat, ist nicht bekannt. Es gibt allen Grund zur Annahme, dass er nach Mitte der dreißiger Jahre zumindest die chirurgische Tätigkeit immer mehr einschränken musste. Die sich verstärkenden Strahlenkrebs Symptome an den Händen zwangen zur Amputation von vier Fingern“, schreibt Andrea Lorz. Im Frühjahr 1940 konnte Dr. Hans Bettmann mit seiner Frau Charlotte noch in die USA emigrieren, dank der innerfamiliären Hilfe, die lebensrettend wirkte. „Ernsts Bruder Otto“, berichtet Andrea Lorz weiter, „der 1935 in die USA emigrierte und bereits amerikanischer Staatsbürger war, hatte eine sogenannte

ren zwei Koffer und die Kleidung, die sie auf dem Leib trugen. Im Juli des gleichen Jahres wurde ihnen als Auswanderern übrigens die deutsche Staatsbürgerschaft aberkannt.“ Nur zwei Jahre nach der Ankunft in New York starb Dr. Hans Bettmann (1866-1942) an Strahlenkrebs. Hinzu kam, dass er nicht über den Verlust der Heimat und seiner Klinik hinweg gekommen ist.

Nach den dunklen Jahren folgten die hellen Jahre, sein „zweites Leben“. Ernst Bettmann gehörte auch an seiner neuen Wirkungsstätte am Yonkers Hospital, White Plains (NY), zu den anerkannten Fachleuten auf dem Gebiet der Orthopädie. Er beherrschte die Sprache und war medizinisch voll ausgebildet. In seinen

Gelenkersatzes und der inneren Fixationsmethoden, welche das früher viele Monate lange Verweilen im Krankenhaus und zu Hause in viel kürzere Perioden mit früherer Selbständigkeit, niedrigerer Erkrankungsrate und deutlich höherer Lebenserwartung verwandelten.“ In den USA lernte Ernst Bettmann seine künftige Frau, die Kinderärztin Dr. Hilda Kallberg (1907-1999) kennen. Die gebürtige Wienerin stammte aus einer bekannten jüdischen Familie. Im Oktober 1938 heirateten beide. Zwei Kinder gehörten bald zur Familie: Susan und Michael, der später als Radiologe arbeitete. Ernst Bettmann starb am 22. September 1988 in White Plains / USA.

Was geschah am 3. Oktober?

Erinnerung an den Prozess des Unrechtsstaates gegen die Widerstandsgruppe der Werdauer Oberschüler 1951

Von Gerhard Schneider

Dieser Beitrag ist sowohl gegen das Vergessen des Schandprozesses vor 60 Jahren als auch dem Gedenken meines Freundes und Mitverurteilten Achim Beyer sowie der anderen bereits verstorbenen Mitstreiter unserer Widerstandsgruppe gewidmet.

1990 fand die Vereinigung der Bundesrepublik Deutschland mit der damit erloschenen Deutschen Demokratischen Republik statt. Darüber wurde im Radio, Fernsehen und in der Presse – zu Recht – ausführlich berichtet.

Aber das war nicht alles, worüber es zu berichten gäbe:

Vor 60 Jahren fand vom 3. Oktober, 10:00 Uhr bis zum 4. Oktober 1951, 0:30 Uhr am Landgericht in Zwickau / Sachsen der Prozess gegen 19 Angeklagte (3 Mädchen und 16 Jungen), vorwiegend Schüler der „Alexander-von-Humboldt-Oberschule“ in Werdau, statt. Siebzehn von ihnen waren damals noch keine 20 Jahre alt. Die 19 jungen Angeklagten wurden – damals „im Namen des Volkes“ – zu insgesamt 130 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Was hatten sie „verbrochen“?

Sie hatten „Boykotthetze“ (so hieß es im SED-Jargon) betrieben, indem sie u.a. mit selbst gefertigten Flugblättern gegen die Scheinwahl vom Oktober 1950 und gegen das Todesurteil gegen Herrmann-Josef Flade aus Olbernhau, der auch selbstgefertigte Flugblätter gegen das Terrorregime verteilte, protestierten. Außerdem hatten sie mit so genannten Stinkbomben (kleine Glasröhrchen, die mit Schwefelwasserstoff gefüllt waren) politische Versammlungen in den beiden Kinos in Werdau gestört.

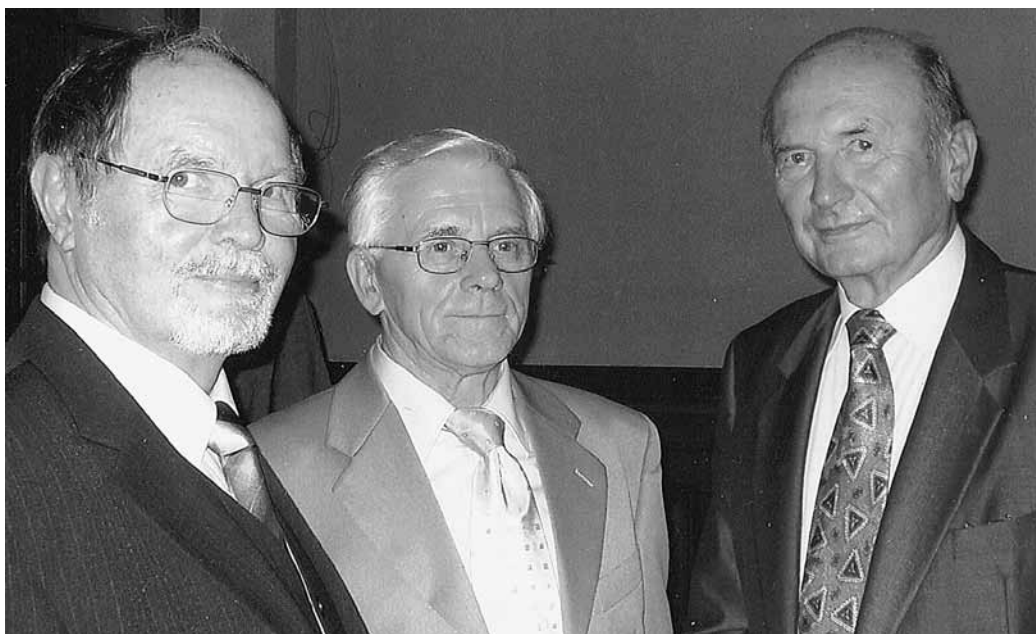
Die Urteilsbegründung lautete damals:

„Wegen Boykotthetze gegen demokratische Einrichtungen, Verbreitung und Bekundung tendenziöser Gerüchte, die den Frieden des deutschen Volkes und der Welt gefährden, Spionage und Völkerhass“.

Weitere Ausführungen hierzu sind in der Publikation von **Achim Beyer: Urteil 130 Jahre Zuchthaus**, Schriftenreihe des Sächsischen Landesbeauftragten für die Stasiunterlagen, Unterer Kreuzweg 1, 01097 Dresden, nachzulesen.

Auch wenn bereits 60 Jahre vergangen sind, dürfen solche Schandurteile des SED-Regimes niemals vergessen werden. Sie sollten vor allem in Schulen immer wieder zur Sprache kommen.

NB.: Die hohen Zuchthausstrafen wurden 1956 zur „Bewährung“ ausgesetzt und die letzten der Gruppe im September und Oktober 1956 entlassen.



Die Mitglieder der Widerstandsgruppe „Werdauer Oberschüler“ (v.l.) Achim Beyer (gestorben 2009), der Autor dieses Berichts, Gerhard Schneider, Werdau/Sachsen und Joachim Gäbler, Neukeferloh bei München. Der Wirtschaftswissenschaftler und DDR-Forscher Achim Beyer lebte und arbeitete in Erlangen und war von 2007 bis zu seinem Tod Vorstandsmitglied des BWV-Bayern.



Gedenktafel an dem Saal des Landgerichts Zwickau/Sachsen, in dem vor 60 Jahren der Prozess gegen die Werdauer Oberschüler statt fand.

Der Rechtsterrorismus im Verborgenen

Versuch einer Antwort auf zehn Fragen

Armin Pfahl-Traughber

Die Erkenntnis, dass eine im Kern aus drei Neonazis bestehende Gruppierung mit der Bezeichnung „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) zwischen 2000 und 2007 neben Banküberfällen und Sprengstoffanschlägen zehn Morde beging, erschüttert gegenwärtig Gesellschaft und Staat. Da diese Taten nicht mit politischen Erklärungen zu den Motiven verbunden wurden, konnten die Sicherheitsbehörden keinen rechtsextremistischen Hintergrund konstatieren. Ihnen wird in diesem Kontext aber selbst von Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich Versagen bezüglich deren Aufklärung und Verhinderung vorgeworfen. Obwohl viele Details des Handelns sowohl der Mörder wie des Nicht-Handelns der Sicherheitsbehörden noch nicht bekannt sind, soll hier eine Antwort auf einige der kursierenden Fragen aus

der Perspektive der politikwissenschaftlichen Extremismus- und Terrorismusforschung versucht werden. Diese einschränkende Formulierung erklärt sich schlicht dadurch, dass tagtäglich neue Erkenntnisse auf den Tisch kommen.

1. Stellt die besondere Brutalität der Gewaltpraxis bei den Morden des NSU und deren mediale Aufbereitung in einer DVD ein Novum in der Neonazi-Szene dar?

Die bisherigen Gewalttaten rechtsterroristischer Gruppen in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland bestanden meist in Anschlägen gegen Einrichtungen (Asylbewerberheime, Gemeindezentren, Imbiss-

buden, US-Militäreinrichtungen), wobei die Tötung von Menschen nicht konkret beabsichtigt, aber sehr wohl einkalkuliert wurde. Bei den Serien-Taten des NSU handelt es sich demgegenüber um bewusst gewollte und konkret geplante Morde gegen einzelne Personen. Ein derartiges Agieren von Rechtsextremisten war bisher



Der Autor

Prof. Dr. Armin Pfahl-Traugher, Dipl.-Pol., Dipl.-Soz., Jg. 1963, ist hauptamtlich Lehrender an der Fachhochschule des Bundes in Brühl mit den Schwerpunkten „Extremismus“ und „Ideengeschichte“, Lehrbeauftragter an der Universität zu Bonn mit dem Schwerpunkt „Politische Theorie“ und Herausgeber des seit 2008 erscheinenden „Jahrbuchs für Extremismus- und Terrorismusforschung“ (Brühl).

nicht bekannt und insofern stellt es hier in der Tat ein Novum dar. Dies gilt aber nicht für das dabei zum Ausdruck kommende Gewaltverständnis: Auf DVDs bzw. Videos aus der neonazistischen Szene und in den Texten rechtsextremistischer Musikbands konnte man bereits seit Jahren die bejubelnde Einforderung und Huldigung von brutalen Gewaltakten gegen Ausländer, Juden oder Linke ausmachen. Sie motivierte wohl auch die Gestaltung des aufgefundenen „Paulchen Panther“-Films mit den Bekenntnissen zu den Taten.

2. Wie ist die kontinuierliche Gewaltbereitschaft in der Neonazi-Szene im Kontext der Entwicklung des Rechtsextremismus einzuschätzen?

In den letzten Jahren kam es zu einem kontinuierlichen Rückgang des Gesamtpotentials im organisierten Rechtsextremismus (2005: 39.000, 2010: 25.000 Personen). Gleichzeitig stieg aber in diesem politischen Lager der Anteil der Neonazis regelmäßig stark an und verdoppelte sich im letzten Jahrzehnt sogar. Die seit Beginn der 1990er Jahre einsetzende Welle von Verboten einschlägiger Organisationen verhinderte somit diese Entwicklung nicht (1990: 1.400, 2000: 2.200 und 2010: 5.600 Personen). Mit dem Anwachsen der Neonazis in bislang noch nicht bekannter Zahl stieg auch das Potential von gewaltbereiten Rechtsextremisten an. Zwar muss auch hier zwischen Einstellungen und Handlungen differenziert werden, huldigt ein Großteil der Szene doch nur in verbalen Bekundungen einem mörderischen Vorgehen. Gleichwohl stieg im Kontext der beschriebenen Entwicklung auch der Anteil derjenigen Personen unter den Neonazis, die Gewaltaktionen unter Rückgriff auf kontinuierlich angelegte Sprengstoff- und Waffenlager als konkrete Handlungsoption ansahen.

3. Warum bekannten sich die Rechtsterroristen nicht durch öffentliche Erklärungen mit politischen Begründungen zu ihren Taten?

„Terrorismus“ gilt nicht nur als Bezeichnung für politisch motivierte Gewalttaten im Kontext von langfristigen Strategien kleinerer Gruppen. „Terrorismus“ gilt in der einschlägigen Forschung auch als „Kommunikationsstrategie“ (Peter Waldmann), d. h. die Täter wollen damit eine bestimmte Botschaft in die Öffentlichkeit tragen. Dies war bei dem NSU nicht der Fall. Zwar stellten die Täter nach dem letzten Mord von 2007 an der Polizistin eine DVD her, worin man sich in witzelnder und zynischer Weise zu den erwähnten Gewaltakten bekannte. Gleichwohl leitete der NSU diese filmische Erklärung (zunächst) nicht an die Medien und damit an die Öffentlichkeit weiter. Offensichtlich hatten die Mörder so etwas vor, worauf die einschlägigen Funde in deren Wohnhaus hindeuten. Dies geschah aber über mehrere Jahre hinweg nicht, wofür gegenwärtig kein Grund genannt werden kann. Allenfalls lässt sich hier die Vermutung formulieren, dass man noch etwas „Großes“ vorgehabt hat und in dessen Folge die zur Versendung vorbereiteten DVDs auf den Weg bringen wollte.

4. Inwieweit kann angesichts der Morde des NSU von einer neuen Qualität des Rechtsterrorismus gesprochen werden?

Bei den Gewaltakten von Rechtsextremisten lassen sich idealtypisch zwei Formen unterscheiden: Zum einen gehören dazu einzelne Täter und kleine Gruppen, die relativ spontan brutale Akte bis hin zur Tötung von

Menschen begehen und nicht in eine festere organisatorische Struktur eingebunden sind. Zum anderen zählen dazu Personenzusammenschlüsse, die ihr gewalttätiges Vorgehen als Bestandteil einer längerfristigen Strategie ansehen und kontinuierlich Anschläge begehen. In den letzten Jahrzehnten dominierte die erstgenannte Form, der je nach genutzten Kriterien 46 oder 137 Menschen zwischen 1990 und 2008 zum Opfer fielen. Die rechtsterroristischen Strukturen wie etwa die „Deutschen Aktionsgruppen“ und die „Hepp-Kexel-Gruppe“ bzw. das „Freikorps Havelland“ und die „Schutzgruppe“ führten demgegenüber eher Anschläge auf Einrichtungen mit einkalkulierten Todesopfern durch. Die geplante und gezielte Ermordung einzelner Menschen in Serie stellt demnach eine neue Qualität des Rechtsterrorismus dar.

5. Ist die Rede von einer „Braunen Armee Fraktion“ zur Kennzeichnung des NSU als (rechts-) terroristische Gruppe angemessen?

Angesichts der Gewaltdimension der „Roten Armee Fraktion“ (RAF) zwischen den 1970er und 1990er Jahren kommt immer wieder diese Formulierung zur Benennung einer rechtsterroristischen Struktur auf. Sie ist aber im Sinne einer Gleichsetzung von Ausrichtung, Handlungsstil und Struktur aus verschiedenen Gründen nicht für den NSU angebracht: Bei der RAF handelte es sich um eine Gruppe mit einer entwickelten Kommandostruktur, die auch die Rechtsterroristen der 1970er und 1980er Jahre nachahmen wollten. Diese konnten aber im Durchschnitt nur ein gutes Jahr regelmäßig Anschläge durchführen, wurden ihre Aktivisten doch relativ schnell von den Sicherheitsbehörden entdeckt. Ohnehin scheint auch in anderen terroristischen Kontexten wie etwa bei den islamistischen Protagonisten die Ausrichtung auf festere Kommandostrukturen eher rückläufig zu sein. Der diesbezügliche Trend sowohl im Islamismus wie im Rechtsextremismus geht mehr in Richtung von Kleinstgruppen mit einem hohen Maß an Autonomie und Flexibilität.

6. Welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede bestehen angesichts solcher Taten zwischen links- und rechtsextremistischen Gewalthandlungen?

Bei der Erörterung dieser Frage geht es nicht um eine Gleichsetzung, sondern um einen Vergleich – was immer wieder falsch verstanden wird. Die Frage nach Gemeinsamkeiten und Unterschieden erlaubt es erst, die besonderen Konturen bestimmter Phänomene zu erkennen. Hierzu lässt sich zunächst sagen, dass es laut der aktuellen Statistik von 2010 944 „linke“ und 762 „rechte“ Gewalttaten gab. Bei den Körperverletzungen lagen demgegenüber die Werte bei 541 „linken“ und 638 „rechten“ Vorfällen. Auch wenn demnach die links-extremistische Gewalt in den letzten Jahren eher zunahm, richtet sie sich tendenziell nicht so stark gegen Menschen wie die rechtsextremistische Gewalt. Hinzu kommt für den erstgenannten Bereich bei aller gelegentlichen Brutalität gegenüber Polizeibeamten eine gewisse

Zurückhaltung bezüglich der Intensität der Gewaltanwendung. Diese ist bei rechtsextremistisch motivierten Taten ungleich höher, was sich eben anhand der ungleich höheren Tötungen und Tötungsdelikte deutlich ablesen lässt. Linksextremistische Morde gibt es aktuell nicht mehr.

7. Wie konnte die rechtsterroristische Gruppe über ein Jahrzehnt lang aus dem Untergrund heraus an den verschiedensten Orten des Landes agieren und töten?

Die Besonderheit des NSU als rechtsterroristische Gruppe besteht erstens in der besonders intensiven Gewaltbereitschaft mit allein zehn Morden und zum anderen in ihrem jahrelangen öffentlichen Schweigen über den politischen Hintergrund dieser Taten. Letzteres schießen die Täter selbst mit der Aussage „Taten statt Worte“ auf der Bekenner-DVD im Sinne einer „Propaganda der Tat“ begründen zu wollen. Das damit angesprochene Selbstverständnis von anarchistischen Terroristen im 19. Jahrhundert ging aber immer davon aus, dass Attentate entsprechend politisch gedeutet würden. Gerade dies war bei den Morden des NSU aber nicht der Fall. Da man so den Rechtsterrorismus nicht öffentlich wahrnehmen konnte, konnte man ihn auch nicht aufklären. Hinzu kommt, dass die Gruppe zwar angeblich bis zu 20 Helfer gehabt haben soll. Inwieweit sie auch um die Mordtaten wussten, kann aktuell noch nicht gesagt werden. Gelang den drei Aktivisten eine Abschottung auch von großen Teilen der neonazistischen Szene, so erklärt sich so auch ihr jahrelanges verdecktes Wirken.

8. Wieso konnten die Taten der NSU den verschiedenen Sicherheitsbehörden über einen so langen Zeitraum von über zehn Jahren verborgen bleiben?

In der Tat kam es bei Polizei- und Verfassungsschutzbehörden zu schwerwiegenden Fehlern und Versäumnissen. Wie diese gewichtet werden müssen, wobei die Deutungsmöglichkeiten von einer unglücklichen Verkettung einzelner Faktoren bis hin zu strukturellen Mängeln im System reichen können, lässt sich wohl erst nach einer gründlichen Auswertung der vorhandenen Detailinformationen sagen. Bereits jetzt sei hier aber vor einer schiefen und wirklichkeitsfremden Perspektive gewarnt, welche den Sicherheitsbehörden offenbar die Möglichkeiten zu einer allseitigen Beobachtung und Kontrolle von Gesellschaft und Szenen zuschreibt. Die Bundesrepublik Deutschland ist jedoch kein Überwachungsstaat: „Wer will, dass die Ermittler auch in einer solchen Konstellation nicht ‚versagen‘, muss ihnen tendenziell die totale Erfassung aller unauffällig lebenden Personen ermöglichen ...“ (Christian Rath in taz vom 16. November 2011). Eine differenzierte Kritik an den Sicherheitsbehörden ist notwendig, sie muss aber deren reale Handlungspotentiale zum Maßstab nehmen.

9. Wie angemessen ist die Forderung nach einem Verbot der NPD angesichts der Kenntnis um die langjährigen Mordtaten des NSU?

Kommt es zu rechtsextremistischen Vorfällen unterschiedlichster Art, so lässt sich in Medien und Politik regelmäßig der Ruf nach einem Verbot der Partei vernennen. Dabei findet nur selten die Frage inhaltliche Beachtung, ob denn zwischen dem gemeinten Ereignis und der konkreten Partei ein direkter Zusammenhang besteht. Der Eindruck, dass hier mehr Ablenkung und Aktionismus denn Einsicht und Vernunft federführend sind, kann schwerlich von der Hand gewiesen werden. Dies spricht nicht notwendigerweise gegen ein NPD-Verbot, wofür und wogegen es ebenso gute Gründe gibt – welche aber auf einer anderen Ebene liegen. Gleichwohl muss in diesem Kontext berücksichtigt werden, dass die Mitgliedschaft der Partei zu bedeutenden Teilen aus dem gleichen neonazistischen Milieu wie die Rechtsterroristen stammt. Daraus lässt sich zwar keine Schuld oder Verantwortung der NPD für die Taten ableiten. In der Partei kursieren aber einschlägige hasserfüllte Einstellungen und nicht nur latente Gewaltphantasien – mit jeweils identischen Feindbildern.

10. Welche Konsequenzen und Verhaltensweisen ergeben sich für Politik und Sicherheitsbehörden aus dem Wissen um die Mordserie?

Bei früheren fremdenfeindlichen Gewalttaten mit erschreckendem Ausmaß bedauerten manche Politiker mehr den Schaden für den Ruf Deutschlands im Ausland oder sprachen zur Begründung ihrer Nicht-Teilnahme an der Beerdigung der Opfer gar vom „Beileidstourismus“ (Helmut Kohl). Immerhin hat man jetzt die angemessenen Worte gefunden: „Wir sind beschämt, dass die Sicherheitsbehörden der Länder wie des Bundes die über Jahre hinweg geplanten und ausgeführten Verbrechen weder rechtzeitig aufdecken noch verhindern konnten“, so der Bundestagspräsident Norbert Lammert. Er bat zugleich die Angehörigen der Ermordeten um Verzeihung, weil diese selbst bei den früheren Ermittlungen verdächtigt wurden. Vorbehaltlich der Ergebnisse einer genauen Untersuchung der Fehler und Versäumnisse der Sicherheitsbehörden bedarf es dort einer Erhöhung der Analysekompetenz bezogen auf allgemeine wie fall-spezifische Entwicklungen und einer Überwindung der Dominanz einer primär formalistischen und schematischen Wahrnehmung des Extremismus.

FREIHEIT UND RECHT

jetzt auch elektronisch

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

gern senden wir auch die mit der gedruckten Ausgabe deckungsgleiche Online-Version unserer Zeitschrift. Bitte teilen Sie der Redaktion (E-Mail: juergen.maruhn@gmx.de, Telefon: 089/1576813) Ihren diesbezüglichen Wunsch und Ihre E-Mail-Adresse mit. Mitglieder des Bund Widerstand und Verfolgung (BWV-Bayern) erhalten das gedruckte Heft in jedem Falle weiterhin. Falls die Sendung – gleich welcher Art – nicht wunschgemäß funktionieren sollte, unterrichten Sie bitte die Redaktion.

Dank an Leser und Autoren

Der BWV-Bayern erhält bislang keine öffentlichen Fördermittel. Infolge beachtlicher Unterstützung durch die ohne Honorar arbeitenden Autoren und Spenden aus der Leser- und Mitgliedschaft ist es dennoch möglich, die traditionsreiche Zeitschrift aufrechtzuerhalten und dem Konzept einer kombinierten Auseinandersetzung mit den verschiedenen Feinden der

Demokratie eine Stimme zu verleihen. Dafür sind wir dankbar! Ebenso dankbar sind wir für den Zuspruch aus Politik-, Geschichts- und Rechtswissenschaft sowie aus dem Kreise von Bundes- und Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen. Allerdings ist bis auf Weiteres nur ein zweimaliges Erscheinen pro Jahr möglich, wenn die Spenden nicht nachlassen.

Dringende Bitte um weitere Spenden

Wir bitten erneut um viele kleine und gern auch größere Spenden, wo immer dies möglich ist.

Die Konto-Angaben lauten:

**FREIHEIT UND RECHT,
Konto-Nr. 0107982496, BLZ 701 900 00,
Münchner Bank.**

Mit besten Wünschen für das Weihnachtsfest und das neue Jahr grüßen

Herausgeber und Redaktion

„Die Wiedervorlage: Verrentet und verraten“

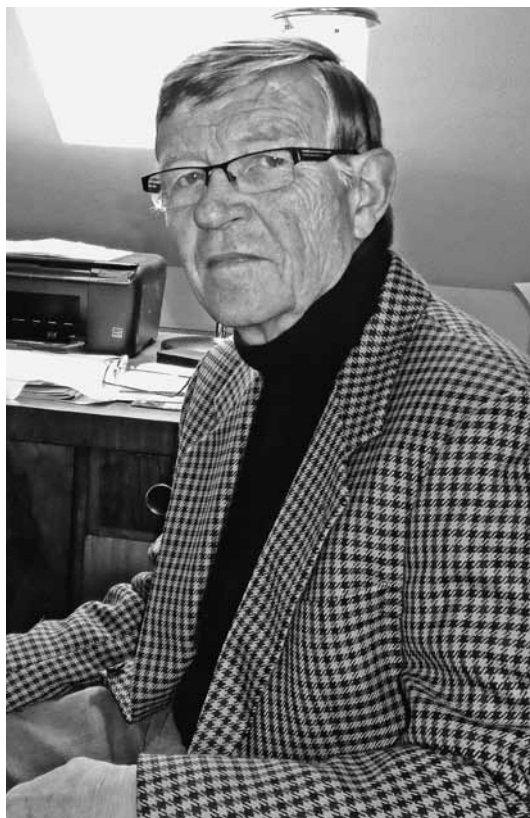
Von Jürgen V. Holdefleiß

So ist ein Beitrag vom 04.10.2011 im WDR5, Politikum – Das Meinungsmagazin überschrieben. Es geht um die deutsch-deutsche Flüchtlingsgeneration.

Für die in der alten (west)deutschen Bundesrepublik eingegliederten DDR-Flüchtlinge hat sich mit der Wiedervereinigung etwas Entscheidendes verändert: Die Ergebnisse ihrer einstigen Eingliederung sind anlässlich des Beitritts der DDR gelöscht worden. Sie sind willkürlich in die Mechanismen der beitriffsbedingten Rentenüberleitung hineingepresst worden. Durch diesen von den Architekten der Wiedervereinigung zu verantwortenden Schachzug fallen ihnen die Folgen ihres widerständigen politischen Lebens in der DDR voll auf die Füße.

Das besonders Schätzbare an der Sache: Die Maßnahme ist im Gesamtpaket der Wiedervereinigung so unauffällig verpackt, so subtil getextet, dass nicht einmal die Fachöffentlichkeit, geschweige denn die Betroffenen etwas davon merken konnten. „Verrat“ ist ein überaus zutreffender Ausdruck dafür. Die „Wiedervorlage“ steckt in dem Umschlag, den die Deutsche Rentenversicherung demjenigen schickt, der nach der Ableistung seiner Erwerbstätigkeit in aller Unschuld seinen Rentenbescheid beantragt hat.

In der Aprilausgabe 2011 von Freiheit und Recht haben wir unter der Überschrift „Heimliche Rache aus der DDR-Vergangenheit – Wie die deutsch-deutsche Flüchtlingsgene-



Der Autor

Dr.-Ing. Jürgen V. Holdefleiß, Vorsitzender des bundesweit tätigen gemeinnützigen Vereins „Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge“ (IEDF). Der Verein kämpft gegen eine rückwirkende Enteignung der DDR-Übersiedler, die vor dem Fall der Mauer in der Bundesrepublik sesshaft wurden, s.a. www.iedf.de.

ration in die Altersarmut geschickt wurde“ berichtet.

In diesem Jahr haben sich die Medien verstärkt dieses politisch absurden und für die Betroffenen desaströsen Phänomens angenommen. Die ZEIT wählte am 13.01.2011 die Überschrift „Vom Rechtsstaat geprellt“ und am 11.08.2011 „Was heißt hier fair?“. Die Mitteldeutsche Zeitung wählte am 27.05.2011 die Titel „Plötzlich wieder DDR-

Bürger“ und „Die Ministerin blockt ab“. Die Märkische Oderzeitung titelte am 25.05.2011 „Per Rentenrecht wieder DDR-Bürger“.

Auch das Fernsehen brachte eindrucksvolle Beiträge: rbb WAS! (Wirtschaft Arbeit Sparen) vom 30.05.2011, ARD FAKT vom 04.10.2011.

Au der Internetseite der IEDF www.iedf.de sind alle diese Beiträge nachzulesen bzw. nachzuhören bzw. nachzusehen.

Die regierungsamtliche Politik ist aber stur. Unter den Abgeordneten aller Fraktionen gibt es etliche, die „Bauchschmerzen“ haben, was die bis heute andauernde Diskriminierung der DDR-Flüchtlinge anbetrifft. Aber die Fraktionspitze der Unionsparteien verlangt „Disziplin“.

Große Unsicherheit und Ratlosigkeit im gesamten politischen Spektrum.

Aus diesem Grunde haben sich UOKG (Union der Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft) und IEDF (Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge e.V.) entschlossen, einen Brief an die Bundeskanzlerin zu schicken,

in dem sie aufgefordert wird, von dem ihr gesetzlich zustehenden Mittel Gebrauch zu machen, eine sogenannte abstrakte Normenkontrollklage beim Bundesverfassungsgericht einzureichen.

Dieser Brief ist als „Offener Brief“ zusammen mit einer Presseerklärung auf der Internetseite der UOKG eingestellt. Freiheit und Recht bringt ihn im folgenden in vollem Wortlaut.



**INTERESSENGEMEINSCHAFT
EHMALIGER DDR-FLÜCHTLINGE e.V.**

Postfach 25 01 40 · 68084 Mannheim
vorstand@iedf.de · www.iedf.de
www.flucht-und-ausreise.info

Amtsgericht Mannheim · VR 700231
Der Verein besitzt den Status der Gemeinnützigkeit.
Die IEDF ist Mitglied der UOKG.

Bank: IG ehem. DDR-Flüchtlinge
Deutsche Bank Mannheim
BLZ 670 700 24 · Konto 043 77 49

IG ehem. DDR-Flüchtlinge, Postfach 25 01 40, 68084 Mannheim

Bundeskanzleramt
Bundeskanzlerin
Angela Merkel
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

Berlin, Mannheim, den 06. Oktober 2011

Offener Brief

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

die "Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge e.V." (IEDF) gehört dem Dachverband UOKG an und bündelt die Interessen von DDR-Flüchtlingen, Ausgereisten, Freigekauften. Sie verfolgt das Ziel, die Diskriminierung zu beseitigen, die ihnen im Zuge des Beitritts der DDR verordnet worden ist.

Die anlässlich der Herstellung der deutschen Einheit verfügte Rückabwicklung ihrer Eingliederung in das bundesdeutsche Rentensystem bedeutet für diese Menschen eine Kappung ihrer Altersversorgung, die in vielen Fällen zu einer regelrechten Altersarmut führt.

Das Problem hatten wir Ihnen bereits in unserem Brief vom 12.05.2009 geschildert; wir müssen uns hier nicht wiederholen. Wir fügen diesen Brief der Vollständigkeit halber nochmals bei. Wir stellen fest, dass sich bis auf den heutigen Tag an Haltung und Praxis von Exekutive und Judikative nichts geändert hat und die Legislative nach wie vor, mittlerweile jedoch deutlicher wahrnehmbar, gespalten ist.

Die genannte Personengruppe ist seit vielen Jahren einem gezielten staatlichen Unrecht ausgesetzt, auch schon unter den Vorgängerregierungen. Diese Menschen sind entrechtet, weil ihnen eine unter dem Schirm des Grundgesetzes erteilte Rechtsposition entzogen wurde, die ihnen bis heute vorenthalten wird. Das Unrecht besteht in der Einbeziehung der Generation „Flucht-Ausreise-Freikauf“ in die Mechanismen der Überleitung von Bundesrecht auf das Beitrittsgebiet, die durch Geist und Buchstaben des Einigungsvertrages vom 31.08.1990 nicht gedeckt ist.

UOKG und IEDF fordern Sie und Ihre Regierung auf, dafür zu sorgen, dass die Rechtsverletzung geheilt und das Recht wiederhergestellt wird.

Es ist deutlich zu erkennen, dass innerhalb aller Parteien im Bundestag divergierende Auffassungen über die Rechtskonformität der Rückabwicklung der unter dem Schirm des Grundgesetzes durchgeführten Eingliederungen bestehen: erhebliche Bedenken, Zweifel, Unkenntnis, Gleichgültigkeit, Opportunismus. Das zeigt sich bei vielfältigen Kontakten mit Abgeordneten aus allen Parteien. Das kommt auch in den jüngsten Anträgen der SPD (17/5516) und Bündnis 90/DieGrünen (17/6108) sowie in der Beschlussvorlage des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung (17/6390) zum Ausdruck.

Der von den Sozialexperten der Union erstellte und in der Unionsfraktion verteilte Musterbrief (Autoren Karl Schiewerling und Peter Weiß) vom August 2011 beschreibt die aktuelle Positionierung der

Brief an Kanzlerin

Union. Die Verfasser setzen sich zwar vordergründig mit den Oppositionsanträgen auseinander, lassen aber deutlich erkennen, dass die Unionsfraktion, offensichtlich im Blick auf das BMAS, generell keinen Handlungsbedarf sieht. Fatalerweise sind damit auch gleichzeitig die Voraussetzungen geschaffen, die seit 2006 beim Bundestag liegende einschlägige Sammelpetition von mehreren hundert Betroffenen scheitern zu lassen.

Die allgemeine Unsicherheit unter den Politikern ist auf eine konkrete Ursache zurückzuführen. Man macht dauerhaft einen großen Bogen um folgende Grundtatsache:

Die Rückabwicklung der Eingliederung ist verfassungsrechtlich höchst bedenklich. Die Kausalität „Zusammenbruch der DDR / Rückabwicklung der Eingliederung der DDR-Flüchtlinge“ ist zudem eine politische Botschaft übelster Prägung. Die Generation „Flucht-Ausreise-Freikauf“ hat als die Vorhut der späteren Bürgerbewegung der DDR zu gelten; sie hat eine wesentliche Voraussetzung für die Beendigung der Teilung Deutschlands geschaffen. Sie anlässlich der Herstellung der deutschen Einheit über das Sozialrecht einem Akt der Bestrafung auszusetzen ist skandalös

Die Anträge von SPD und Bündnis90/DieGrünen sind nicht geeignet, die Verfassungskonformität vollständig wiederherzustellen. In dieser Feststellung sind wir uns sogar einig mit der Union. Sie hätten lediglich einige Symptome geheilt.

Vielmehr geht es um die Wiederherstellung verletzten Rechts und nicht um die Gewährung von privilegierten Sonderregelungen. Wir fühlen uns verhöhnt, wenn die Politik einerseits die auf der Flucht getöteten Flüchtlinge ehrt, die lebendigen Flüchtlinge aber demütigt, entwürdigt und ausgrenzt:

Wir sind nach unserer Flucht in dem (west)deutschen Rechtsstaat eingegliedert worden. Es ist eine tiefe Demütigung, dass der wiedervereinigte deutsche Staat die Ergebnisse der Eingliederung auf kaltem Wege rückgängig gemacht hat.

Angesichts der beschriebenen Situation ist es dringend notwendig, endlich rechtliche Klarheit und Sicherheit zu schaffen: für die Betroffenen, für die Behörden, für die Gerichte. Die Angelegenheit gehört vor das Bundesverfassungsgericht, damit die Konturen des Rechtsstaates wieder erkennbar werden. Eine Verfassungsbeschwerde ist für die Betroffenen aus formalen Gründen prinzipiell nicht möglich. Die Sozialgerichte urteilen formal nach dem Buchstaben des RÜG, ohne sich die Mühe einer teleologischen Auslegung zu machen. Sie verzichten aus Bequemlichkeit auf die Möglichkeit einer Richtervorlage. Ein schlimmer Verzicht, der unseres Rechtsstaates unwürdig ist. Sozialrichter sehen darüber hinweg, wenn das Grundgesetz an einer besonders sensiblen Stelle verletzt wird.

Deshalb verlangen wir von der Regierung, sofern sie die gegenwärtige Praxis nicht auf dem Verwaltungswege korrigieren will oder kann, ohne weitere Verzögerung beim Bundesverfassungsgericht auf der Grundlage des Art. 93 Abs. 1 Nr. 2 GG und § 76 Abs. 1 BVerfGG ein abstraktes Normenkontrollverfahren mit dem Ziel der Normbestätigung zu beantragen.

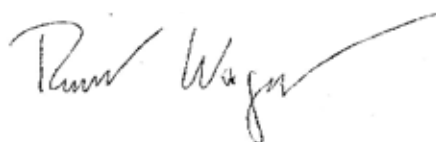
Das Bundesverfassungsgericht wolle bestätigen:

Die auf der Grundlage des Staatsvertrages vom 18.05.1990 im Zusammenhang mit dem Gesetz zum Staatsvertrag erfolgte Unterstellung der in die BRD geflohenen oder übersiedelten ehemaligen DDR-Bürger unter das Fremdrentengesetz in der bis zum Beitritt der DDR geltenden Fassung war und ist rechtmäßig. Die auf der Grundlage dieses Gesetzes erteilten Rechtspositionen sind gültig, verfassungskonform, für diese Bürger einschlägig und ausschließlich anzuwenden.

Mit freundlichem Gruß



Vorstand IEDF



Vorstand UOKG

Aus dem BWV-Bayern

Mitgliederversammlung am 12. November 2011 in Hersbruck

Die diesjährige Mitgliederversammlung des BWV-Bayern fand im fränkischen Hersbruck statt; als Vertreterin der Stadt konnte Bürgermeisterin Brigitta Stöber begrüßt werden.

Die Versammlung gedachte der in der Wahlperiode verstorbenen langjährigen Mitglieder, Karl Ziegenthaler, Erlangen, und Johann Viktor Bausch, Grünwald.

Bericht des Vorstandes

Der amtierende Vorsitzende Dr. Helmut Ritzer berichtet über die Aktivitäten des BWV-Bayern in den beiden vergangenen Jahren. Er hebt die Arbeit hervor, die insbesondere die Zeugen und Verfolgten der NS-Zeit, Ehrenvorsitzender Dr. Max Mannheimer, Bertold Kamm und Dr. Ernst Raim in Vorträgen und Diskussionen in Schulen leisten.

Die Auseinandersetzung mit den beiden Diktaturen des 20. Jahrhunderts bleibe weiter die zentrale Aufgabe des Vereines und der Zeitschrift FREIHEIT und RECHT (F&R) als dazu notwendiges Sprachrohr. Ritzer: „Wir reden dabei nicht einer vordergründigen Gleichsetzung von NS- und SED-Regime das Wort,...
...Wir sind aber schon der Meinung, dass die totalitären Strukturen beider Systeme vergleichbar sind. In beiden wurde die Menschenwürde unterworfen. Auch in Bezug auf die zweite Diktatur in Deutschland wollen wir weiter klar sagen, welche Dimension der

totalitäre SED-Staat hatte und sind nicht bereit, denen das Feld zu überlassen, die das Unrecht des Regimes bagatellisieren“. Der Vorsitzende betont zudem, dass über die Erinnerungsarbeit hinaus der BWV-Bayern ein waches Auge für die rechts- und linksextremistischen Bestrebungen in Deutschland und Europa haben und seine zukünftigen Aktivitäten entsprechend ausrichten muss.

Erinnerungsarbeit habe aber auch eine neue Dimension erhalten, die noch kaum ins Bewusstsein der Mitwirkenden gedrungen sei: Über 20 % der in Deutschland Lebenden haben einen sog. Migrationshintergrund. Darunter seien viele Opfer der Zustände in ihrer Heimat, seien es Opfer des Stalinismus oder Verfolgte heutiger Unrechtsregime. Aber es gäbe auch umgekehrt bei manchen Gruppen Aufklärungsbedarf, was die NS-Vergangenheit unseres Landes anbelange. Der interkulturelle Dialog der politisch Verfolgten wird daher ein zunehmend wichtiges Thema für die Gesellschaft und auch für den BWV-Bayern.

Die Vorstandswahlen, wichtiger Tagesordnungspunkt der Hersbrucker Tagung, erbrachten folgendes Ergebnis: Neuer Vorsitzender des BWV-Bayern ist Dr. Helmut Ritzer, Erlangen. Seine Stellvertreter sind Dr. Eva Hoegner, München, und Altbürgermeister Dr. Ekkehard Knobloch, Gauting. Zum Schriftführer und zugleich Geschäftsführer

wurde Robert Hagen, Feldkirchen, gewählt. Schatzmeisterin bleibt Manuela Lindl. Die fünf Beisitzer sind Lars Mentrup, München; Dr. Ernst Raim, Landsberg; Landtagsvizepräsident Jörg Rohde; Dr. Jörg Skribeleit, Leiter der Gedenkstätte Flossenbürg; Markus Wanger, München.

Feierlicher Beschluss zur Ernennung von Bertold Kamm und Dr. Ernst Raim zu Ehrenmitgliedern

Der Vorsitzende des BWV-Bayern schlägt vor, gemäß einem Vorstandsbeschluss vom 12. Oktober 2011 den Vorsitzenden bis Frühjahr 2011, Bertold Kamm, und den bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden Dr. Ernst Raim zu Ehrenmitgliedern zu ernennen. Beide wollten nach dem Erreichen des 85. Lebensjahres die Verantwortung für den BWV-Bayern, der wesentlich mit ihr Werk ist, in jüngere Hände legen. Damit wären erstmals die selbst von der Verfolgung im Dritten Reich Betroffenen nicht mehr die Verantwortlichen in der Leitung des Vereins.

Bertold Kamm bedankt sich für die Gehrten in bewegenden Worten. Ihnen sei der BWV-Bayern und die Herausgabe der FREIHEIT UND RECHT als „Schrift für streitbare Demokratie und Widerstand gegen Diktatur“ eine Herzensangelegenheit. Sei es doch in Jahren geduldiger Arbeit gelungen, den BWV-Bayern als eine überparteilichen Organisation zu entwickeln, denen Persönlichkeiten wie Richard



Die neuen Ehrenmitglieder Dr. Ernst Raim und Bertold Kamm.

Foto: R. Hagen

Hundhammer und Harald Hoegner ebenso wie Herzog Franz von Bayern, der als Kind unter den Nazischergen lange Zeit in Sippenhaft in Oranienburg inhaftiert war, angehören und die ein gemeinsames Ziel verbindet: vereint gegen die rechten wie „rotlackierten“ (Kurt Schumacher) Faschisten anzugehen, um sie nie wieder in Deutschland zu Bedeutung oder gar ans Ruder kommen zu lassen.

Kamms Erfahrungen im Rahmen der Schulbesuche zeigten, dass die Erinnerungsarbeit, die Aufklärung und die Aufrüstung gegen jegliche freiheitsfeindlichen Bestrebungen noch viel mehr in den Mittelpunkt der Politik und der Gesellschaft gerückt werden müssen. Zum Beispiel sei er immer wieder verwundert, wenn den Schülern offenbar gänzlich unbekannt sei, dass nicht nur die schrecklichste Variante nationalsozialistischer Herrschaft, die Judenvernichtung, sondern auch die Verfolgung zahlloser andere Gruppierungen in Deutschlands finstersten Jahren stattgefunden habe. Er appelliert an die Verantwortlichen in Schulen und Erwachsenenbildung, der verzerrten und verkürzten Wahrnehmung des Drit-

ten Reiches entgegenzutreten, damit es tatsächlich zu einer Ära des „nie wieder!“ kommen wird.

In seinem und Ernst Raims Namen bedankt er sich beim neuen Vorstand BWV-Bayern für die überreichten Geschenke und wünscht ihm eine gute Arbeit im Sinne des unveränderten Vereinszwecks: die

Erinnerung an Widerstand und Verfolgung in der Epoche der Diktaturen des 20. Jahrhunderts lebendig halten und das Erbe der Widerstandskämpfer und Verfolgten bewahren und pflegen, für Demokratie und Kampf gegen antidemokratische, totalitäre oder extremistische Tendenzen einzutreten, gegen Diskriminierung von Menschen, insbesondere gegen Rassismus und Antisemitismus entschlossen zu kämpfen.

Grußworte sprachen

Brigitta Stöber, Zweite Bürgermeisterin der Stadt Hersbruck, Dr. Thomas Beyer, MdL, Landesvorsitzender der Arbeiterwohlfahrt (AWO), Klaus Wiedemann, 2. Vorsitzender des „Vereins Dokumentationsstätte KZ Hersbruck e. V.

Grundsatzreferat von Karl Freller, Direktor der Stiftung Bayerische Gedenkstätten

Helmut Ritter stellt der Mitgliederversammlung den Redner vor: Karl Freller, Staatssekretär a.D., MdL, Direktor der Stiftung Bayerische Gedenkstätten und Mitglied im BWV-Bayern. Sein Vortrag steht unter dem Thema „Erinnerungsarbeit in Bayern und die Stiftung Bayerische Gedenkstätten“.

Karl Freller bedankt sich für die Einladung und betont, dass er aus-



Bertold Kamm und Dr. Thomas Beyer, MdL.

Foto: R. Hagen

gesprochen gerne im Kreis des BWV-Bayern vorträgt, weil er hier ein besonderes Verständnis für seine Anliegen als Direktor der Stiftung erwarten kann. Er bedankt sich namentlich bei Bertold Kamm, den er als junger Abgeordneter im Bayerischen Landtag kennen und schätzen gelernt habe. Er sei ein vorbildlicher Parlamentarier gewesen, stets sachlich und fair.

Auch wenn die Öffentlichkeit dies vielleicht nicht in aller Schärfe sehe, so sei die Demokratie auch in diesem Lande stets den Gefahren durch Radikale und Extremisten ausgesetzt und bedürfe daher der entschiedenen Verteidigung. Das Gebot „Nie wieder“ müsse nicht nur ausgesprochen, sondern auch gelebt werden. Die Wahrung der Menschenwürde müsse ins Zentrum der Erziehung unserer Kinder gerückt werden.

Was die Aufarbeitung des Nationalsozialismus in unserem Land angeht, so sei er in den 1980er Jahren als Religionslehrer in Schwabach erschüttert gewesen über den Zustand des ehemaligen KZ Flossenbürg, das er mit Schulklassen besucht habe. Damals habe er in seiner Schule einen diesbezüglich fächerübergreifenden Unterricht initiiert. Dies sollte die Regel sein.

Auf landespolitischer Ebene sei erst relativ spät Bewegung in den Ausbau der Gedenkstätte Flossenbürg gekommen. 2006, also vor der eigenen Amtszeit, bei der Einweihung der Gedenkstätte in Dachau, auf der der damalige Ministerpräsident Stoiber, Außenminister Steinmeier und der ukrainische Präsident die Ehrengäste waren, sei der letzte Anstoß erfolgt; damals unter seinem Vorgänger, dem Stiftungsdirektor und ehemaligen Rektor der LMU, Professor Heldrich.

Das Amt des Direktors der Stiftung Bayerische Gedenkstätten, als Ehrenamt ausgelegt, stelle bei den durch die Stiftung abgesteckten Betätigungsfeldern mittlerweile „eine nach oben offene Skala“ dar. Eine dieser schon zeitlich dringlichsten Aufgaben heute sei das sich kümmern um die letzten verbliebenen Zeitzeugen, die wie niemand anderes authentisch mit der Jugend



Dr. Helmut Ritzer und Karl Freller.

Foto: R. Hagen

die Vergangenheit kommunizieren könnten.

Die Frage stelle sich, wie es mit der Erinnerungsarbeit weiter gehe, wenn diese Stimmen einmal verstummen. Freller sieht zwei wesentliche Ansätze:

- Die Gedenkstätten sollten Zeugnis eines Ortes oder einer Region werden, d.h. es bedarf des Bewusstseins, dass die schlimmsten Menschheitsverbrechen nicht ausschließlich irgendwo im fernen Dachau oder Auschwitz, sondern vielfach „vor Ort“ stattgefunden haben. Nur so sei wahre Aufarbeitung der Vergangenheit und Verhinderung einer Wiederholung in der Zukunft zu gewährleisten. Weitaus mehr Städte und Gemeinden in Bayern als bislang wahrgenommen, waren solche Orte des Schreckens.
- Die Namen der Opfer sollen dem Vergessen entrissen werden. Sie waren Teil unserer damaligen Gesellschaften in Deutschland und Europa und sollten als solche erinnert werden.

Wenig bekannt sei in diesem Zusammenhang, dass beide Gedenkstätten, Dachau und Flossenbürg, zusammen genommen einen unglaublich hohen Besucherstrom von jährlich ca. 900.000 Menschen bei noch steigender Tendenz anzögen.

Der Stiftungsdirektor bedankt sich an dieser Stelle ausdrücklich bei

Herrn Wiedemann für die Leistungen des „Vereins Dokumentationsstätte KZ Hersbruck e.V.“, der ganz in diesem Sinne wirken würde.

Das Gedenken von unten sei wichtiger als das staatlich verordnete und vermöge allein, den unseligen Ideologien den Boden zu entziehen. Der Stiftungsgedanke trage diesem Leitsatz Rechnung. Auf das - ein Wort von Bertold Kamm aufgreifend - „Wurzelgeflecht“ komme es an. In diesem Zusammenhang böte die Stiftung „Rat und Hilfe, nicht Lenkung“ an.

Es sei darüber hinaus gut, dass die Stiftung Bayerische Gedenkstätten von Anfang an als ein Projekt außerhalb der Parteigrenzen angelegt worden sei. Die Lehren von Weimar, das „an einem Mangel an Demokraten und am fehlenden Zusammenhalt der wenigen Demokraten“ zugrunde gegangen sei, seien gezogen worden. Freller forderte in diesem Zusammenhang den Konsens aller demokratischen Kräfte in diesem Land ein. Der vom Landtag genehmigte Etat der Stiftung von derzeit knapp 4,5 Mio. Euro pro Jahr belege diese Einigkeit und Zustimmung.

Angesichts der jüngsten Entwicklungen hält er auch ein Verbot der NPD für dringend erforderlich. Es sei schändlich, wie widerwärtige politische Kräfte die Ansätze nach 1945 hin zu einem durch und durch demokratischen Staat zu unterlaufen suchten.



Karl Freller bei seiner Gedenkrede in Happurg. Foto: R. Hagen

Ausführlich geht Karl Freller auf die örtliche Situation ein. Konzeption und Entwicklung der Gedenkstätte für die Opfer der sog. Doggerwerke sei inzwischen vorbildlich und man könne im positiven Sinne von einem „Hersbrucker Modell“, auch was die Zusammenarbeit der beteiligten Akteure angehe, sprechen.

In Happurg, dem Ort der Doggerwerke, geplant als vor Luftangriffen geschützte Produktion von u.a. Flugzeugmotoren, seien von Mai 1944 bis April 1945 für den Bau der Anlagen nach aktueller Kenntnis über 9000 Häftlinge eingesetzt worden, von denen etwa die Hälfte an den dortigen unmenschlichen Behandlungen und Bedingungen zugrunde ging.

Da der Zugang zum Stollensystem seit den 1960er Jahren verschlossen und eine Öffnung und öffentlicher Zugang aus verschiedenen Gründen nicht (mehr) gangbar erscheine, sei die Konzeption eines Außenmodells der Stollenanlage entwickelt worden. Es wird den zukünftigen Besuchern, wenn nicht real, so doch in eindrucksvoller Darstellung, die Gigantomanie der NS-Machthaber und die unsäglichen Leiden der Opfer nahebringen.

Die Finanzierung dieses Großvorhabens sei - so der Leiter der KZ-Gedenkstätte Flossenbürg und Mitglied des Vorstandes des BWV-Bayern, Dr. Skriebeleit, - nun sichergestellt, der Umsetzung stehe wohl nichts mehr im Wege.

Direktor Freller fasst zum Abschluss seiner Ausführungen die Prinzipien

der Stiftung Bayerische Gedenkstätten nochmals in folgenden Worten zusammen:

1. Das Gedenken, das die emotionale Ebene ansprechen soll, steht gleichberechtigt neben dem historischen Forschen
2. Aus dem furchtbaren Geschehen lernen und das Gelernte an die Jugend weitergeben, ist ein weiteres Anliegen
3. Handeln, nicht administrieren bzw. Vergangenheit und Erinnerung lediglich verwalten, sieht er als Aufgabe der Stiftung.

Lang anhaltender Beifall der Teilnehmer begleitet den Dank, den Helmut Ritzer an Karl Freller für dessen von Leidenschaft und Sachkenntnis geprägten Vortrag ausspricht.

Gedenkfeier in Schupf

Bis auf wenige, gesundheitlich bedingte Ausnahmen nehmen alle Anwesenden der Mitgliederversammlung teil an der beeindruckenden Gedenkfeier in Schupf, die von Helmut Ritzer und Karl Freller sowie den lokalen Kirchen und Politikern gestaltet wurde.

*Robert Hagen
Schriftführer und Geschäftsführer
BWV-Bayern*



Kranzniederlegung durch örtliche Vertreter.

Foto: R. Hagen

Neuerscheinungen

André Gursky:

Rechtspositivismus und konspirative Justiz als politische Strafjustiz in der DDR

Verlag Peter Lang, Frankfurt am Main 2011, 460 S., 74,80 €

Konspirative Justiz

Inzwischen ist die Doktorarbeit von André Gursky, dem Leiter der Gedenkstätte „Roter Ochse“ in Halle, erschienen. Unter besonderer Betonung der philosophischen Dimension enthält die Arbeit eine Darstellung der politischen Justiz der DDR. Von Marx zu Lenin, vom historischen Marxismus zum berüchtigten Marxismus-Leninismus, vom Weltbild zum Feindbild - Gursky wirft ein Licht auf die ideologischen Grundlagen der Machtanmaßung von KPdSU & Co.

Die Darstellung der Rechtsphilosophie in den Farben der SED bringt den bekannten Funktionär Hermann Klenner ins Bild. Er repräsentierte den SED-Staat in der Bundesrepublik und im Ausland. Am Beispiel Klenners zeigt der Autor, welche Verwirrung und Realitätsferne in Teilen der westlichen philosophischen Wissenschaft Einzug hielten. Politische Justiz der DDR war konspirative Justiz, realisiert wesentlich durch das MfS. Gursky ist es gelungen, einen der wichtigsten ehemaligen Vernehmer der Untersuchungsabteilung, einen Referatsleiter, zu interviewen. Ein weiteres Interview führte der Autor mit Hermann Kreutzer, ehemals Ministerialdirektor im Innerdeutschen Ministerium, zum Thema Häftlingsfreikauf. Kreutzer, in den fünfziger Jahren Bautzen-Häftling, macht Aussagen, die in keiner der vielen bisherigen Veröffentlichungen zum Thema enthalten sind. Hier soll daran erinnert werden, dass Kreutzer immer an der Seite der politischen Häftlinge in Bautzen, in Hoheneck, in Cottbus und Brandenburg war. Er gehörte zu denjenigen, auf die politische Häftlinge vertrauen konnten. Mit dem Interview setzt ihm Gedenkstättenleiter Gursky gleichsam ein Denkmal. Am Beispiel etwa der Haftfälle Blobner und Rochau illustriert der Autor darüber hinaus die Schnittstelle von Zeitgeschichte und Philosophie.

Insgesamt ist zu sagen, dass die Arbeit Gurskys keinesfalls nur für den philosophisch beschlagenen Leser von großem Wert ist, sie ist auch für interessierte wissenschaftliche Laien empfehlenswerte Literatur. Vor allem sei sie ehemaligen politischen Häftlingen empfohlen, schließlich sehen sie hier vieles, was sie selbst erleben mussten, theoretisch reflektiert.

Der hohe Preis des Gursky-Buches von fast 75 Euro ist zwar für ein wissenschaftliches Werk dieses Umfanges normal, doch ehemalige Häftlinge werden sich das nur

selten leisten können. Schließlich beziehen die meisten nicht solch ein Monatsgehalt, wie es z.B. einer ihrer Peiniger aus der Strafanstalt Cottbus noch bis vor kurzem als Leitender Angestellter der Polizei erhielt.

Bernd Lippmann

Nachdruck mit freundlicher Genehmigung des Rezensenten und der Redaktion DER STACHELDRAHT, Berlin

Jorgen Kieler:

Dänischer Widerstand gegen den Nationalsozialismus

Ein Zeitzeuge berichtet über die Geschichte der dänischen Widerstandsbewegung 1940-1945.

Aus dem Dänischen übersetzt und mit einem Nachwort versehen von Therkel Straede, Hannover 2011, 367 S., 29,80 €

Widerstand versus Anpassungspolitik

Nach der Besetzung vieler europäischer Länder durch deutsche Truppen im Zweiten Weltkrieg entstanden in ihnen Widerstandsbewegungen, die mit den unterschiedlichen Mitteln gegen die „neuen Herrscher“ kämpften. Während über einschlägige Gruppen in Frankreich oder der Sowjetunion in der deutschsprachigen Literatur relativ viel bekannt ist, gilt dies weniger für den Widerstand in Dänemark oder Norwegen. Überhaupt fand die Besatzungspolitik in den beiden skandinavischen Ländern nur bei wenigen Fachhistorikern größere Aufmerksamkeit. Bezogen auf die Entwicklung im direkten Nachbarland liegt jetzt das Buch „Dänischer Widerstand gegen den Nationalsozialismus“ vor. Entgegen eines ersten Eindrucks vom Titel her handelt es sich aber nicht um die Gesamtdarstellung eines Historikers, lautet doch der Untertitel: „Ein Zeitzeuge berichtet über die Geschichte der dänischen Widerstandsbewegung 1940-1945“. Der Autor war Aktivist der Gruppe „Frit Danmark“ (Freies Dänemark) und beschreibt darin seinen persönlichen Widerstand. Insofern handelt es sich um eine Autobiographie und einen Erlebnisbericht, ergänzt um historische Darstellungen und politische Kommentare. Kielers Darstellung setzt demnach mit seiner Geburt ein, geht dann aber sehr schnell zu den 1930er Jahren über. Hier äußert der ehemalige Widerstandskämpfer erstaunlicherweise Verständnis dafür, dass viele Deutsche seinerzeit Hitler an der Macht sehen wollten. Er schildert danach seine kurze Studienzeit in München 1937, wo bereits sehr früh Ablehnung und Kritik an den dortigen politischen Verhältnissen aufkam. Diese verstärkte sich nach dem Einmarsch der Wehrmacht in Dänemark. Bereits sehr

früh sei er, so Kieler, sehr verbittert über die Haltung der eigenen Regierung gewesen: „Die passive Anpassungspolitik wurde ... durch eine aktive ersetzt ...“ (S. 36f.). So unterbrach er sein Medizin-Studium und wandte sich dem Widerstand zu. Der Kampf von „Frit Danmark“ sollte sich aber nicht nur gegen die Besatzer, sondern auch gegen die „Kollaboration“ - die „offizielle dänische Zusammenarbeitspolitik“ (S. 63) - richten. Kieler trat von Anfang an für einen gewalttätigen Kampf ein und schildert entsprechende Anschläge und Sabotageaktionen, die mal erfolgreich, mal weniger erfolgreich waren. Besonders große Aufmerksamkeit findet auch die Rettung der dänischen Juden, erklärte doch diese Tat, warum im Unterschied zu allen anderen Ländern nur wenige in Konzentrationslager kamen. Dabei neigt der Autor nicht zu emotionaler Heroisierung, sondern stellt die Ereignisse nüchtern dar. Kieler verschweigt auch nicht, dass die Juden für ihre Rettung zahlten. Er bemerkt dazu: „Es besteht kein Zweifel, dass auf den Transporten viel Geld verdient wurde, aber weder die Flüchtlinge noch wir fühlten uns missbraucht“ (S. 116). Schließlich geht es auch um das Vorgehen der deutschen Besatzungsmächte gegen die Widerstandsgruppe, kam es doch zu vielen Verhaftungen und Tötungen. Kieler verbrachte man ins KZ Porta Westfalica, wo er Hunger und Misshandlungen ausgesetzt war. Seine Rettung verdankte er dem Dänischen und Schwedischen Roten Kreuz. Damit endet der beeindruckende Bericht. Der Autor setzte nach Kriegsende sein Medizinstudium fort und arbeitete bis 1989 als Direktor des Fibiger Kreis Instituts in Kopenhagen. Obwohl Kieler in seiner Jugend auch die deutsche Sprache lernte, sprach er sie nach 1945 nicht mehr. Erst nachdem er 2005 nach Porta Westfalica zurückkehrte und die Änderungen in Deutschland wahrnehmen konnte, änderte sich seine Haltung: „Für mich ging damit am 6. Februar 2005, genau 61 Jahre nach meiner Verhaftung in Apenrade, der Zweite Weltkrieg zu Ende – ohne Hass“ (S. 349). Mit diesen Worten endet ein mitunter etwas holprig geschriebenes, aber überaus interessantes Buch. Man findet darin einige historische Ungenauigkeiten, gleichwohl handelt es sich um einen beeindruckenden und informativen Zeitzeugenbericht. Kieler spart auch nicht heikle Themen wie die nach wie vor von ihm gerechtfertigten Liquidierungen von Handlangern der Besatzungsmacht aus. Auch die Kommentare zu den Kommunisten in den Widerstandsgruppen verdienen Interesse.

Armin Pfahl-Traugher

Konrad Löw:

Deutsche Schuld 1933-1945?

Die ignorierten Antworten der Zeitzeugen.

Mit einem Vorwort von Klaus von Dohnanyi und mit einem Nachwort von Alfred Grosser. Olzog Verlag München 2011. 446 S., 39,90 €

Deutsche Schuld trotz Widerständigkeit

Das Fragezeichen hinter dem Buchtitel irritiert. Es entwertet den Inhalt des Buches und wäre besser durch einen schlichten Punkt ersetzt worden. Die deutsche

Schuld für die NS-Verbrechen zwischen 1933 und 1945 ist unbestritten. Die NS-Herrschaft war ja nicht vom Himmel gefallen. Ihr ging ein tradiertes antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik (Kurt Sontheimer) und schließlich die ideologisch aufgeschäumte gewaltbereite Zerstörung der Demokratie vor allem durch NSDAP und KPD voraus. Die Vorstellung von einer Kollektivschuld aller Deutschen für die Verbrechen des Nationalsozialismus schwand ab den 1950er Jahren Jahrzehnt um Jahrzehnt, mit jedem nachwachsenden Jahrgang ein Stück mehr. Und dennoch bleibt es eine quälende Frage, der Löw, belegt durch zahlreiche Quellen, nachgeht. Das Buch stellt überwiegend jüdische Zeitzeugen in den Mittelpunkt und misst deren Aussagen an einer Rechtskultur, wie wir sie aus der Weimarer Republik kennen. Es ist eine vergleichende Untersuchung, die nicht beansprucht, endgültige Wahrheiten zu postulieren. So wird eine oft vergessene Seite in der Zeit der Nazi-Herrschaft beleuchtet: die Solidarität eines Teiles der Bevölkerung mit den geschundenen jüdischen Mitmenschen. „Unbesungene Helden“ nennt Denis Riffel sie in seinem gleichnamigen Buch.¹ Diesen Teil auszublenden wäre ebenso geschichtsverletzend wie ihn zu überhöhen oder zu verabsolutieren. Davon sieht sich Konrad Löw weit entfernt. Harte, die Wirklichkeit nicht beschönigende, ungeschminkte Tatsachen sind in seiner Darstellung stets präsent. Das macht das Buch lesenswert, abwägar und die Ereignisse vor allem nachvollziehbar. Der Holocaust ist stets gegenwärtig. Die Grautöne zeigen ein Stück Wirklichkeit, die sonst verschüttet ist. Es gab nicht nur den spektakulären Widerstand des 20. Juli 1944, sondern auch die kleinen Hilfen, Unterstützungen für Juden aus dem einfachen Volk, was nicht ungefährlich war. Die besten Zeugen, namhafte und namenlose, sind dafür die Betroffenen selbst, und fast ausschließlich diese lässt Löw sprechen mit langen, überzeugenden Zitaten. Zum Maßstab nimmt er schlimme Ereignisse wie die sogenannte Reichskristallnacht, die Nürnberger Gesetze oder das Tragen des Judensterns. Er relativiert nicht und lenkt nicht von der Kriegsschuld Deutschlands ab, sondern gibt Beispiele für Zivilcourage und lässt offen, ob diese Beispiele in eine mutige Massenbewegung mündend, eine Perspektive eröffnet hätten. Kollektivschuld der Deutschen? Die Grundtendenz ist klar: trotz hemmungsloser Propaganda ist das deutsche Volk überwiegend nicht antisemitisch. Sein wichtigster Zeuge ist Victor Klemperer im Herzen von Sachsen, „der detailgenaueste Chronist jüdischen Lebens während der Hitlerzeit“, der seine Überzeugung ändert, wachsend zu Einsichten gelangt, je öfter er mit einfachen Leuten aus dem Volke sprechen kann und muss. Löw gelingt eine differenzierte Gestaltung zum Alltag im NS-beherrschten Deutschland, ein Baustein zur Zeitgeschichte und ihrer Erforschung. *Gerald Wiemers*

¹ Vgl. Wolfram Wette, Bespr. in: FREIHEIT UND RECHT 2007/4, S. 17-18; Dennis Riffel: Unbesungene Helden. Die Ehrungsinitiative des Berliner Senats 1958 bis 1966. Berlin 2007 (Metropol Verlag), 277 S.; Margot Schmidt: Durchgestanden. Menschliches und Unmenschliches. Meine Erlebnisse unter den Rassegesetzen. Gräffeling 2003 (Resch Verlag), 221 S.

Michael Beleites, Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, Robert Grünbaum (Hrsg.):

Klassenkampf gegen die Bauern

Die Zwangskollektivierung der ostdeutschen Landwirtschaft und ihre Folgen bis heute.

Metropol Verlag, Berlin 2010

Bauernlegen in der DDR

Wenig vertraut dürfte vielen sein, dass der Bauernstand in Ostdeutschland noch immer von den Auswirkungen der kommunistischen Agrarpolitik geprägt ist. Denn die ostdeutsche Landwirtschaft in den Jahren des SED-Regimes ist auch über 20 Jahre nach dem Fall der Mauer ein in der Breite vernachlässigtes Thema im weiten Feld der DDR-Aufarbeitung.

Einen übersichtlichen, aber doch facettenreichen Einstieg in das Thema eröffnet der vorliegende Sammelband. Darin zeichnen Zeitzeugen, Journalisten und Wissenschaftler ein differenziertes Bild der kommunistischen Agrarpolitik deutscher Prägung mit samt ihren Auswirkungen bis in die Gegenwart. Im Zentrum der Analysen steht die von der SED gesteuerte und mit allen Mitteln erzwungene Kollektivierung des landwirtschaftlichen Raumes der Jahre 1959/60.

Eröffnet wird der Band nach dem Vorwort der Herausgeber mit einem Beitrag des Zeitzeugen und Altbauers Manfred Probst. In wenigen Worten lenkt er die Aufmerksamkeit des Lesers auf die Folgen der Kollektivierung – sowohl auf persönlicher wie auch auf politischer Ebene. In Ansätzen lässt sich bereits schon hier die Tragweite der Unterwerfung des ländlichen Raumes unter die Befehlsstruktur der Monopolpartei erkennen. Eine wissenschaftliche Einführung unternimmt im Anschluss Jens Schöne. Ausgehend von der Bodenreform unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges skizziert er die Landwirtschaftspolitik in der 1949 gegründeten DDR bis zur Kollektivierung 1960. Die Umgestaltung der ostdeutschen Landwirtschaft erfolgte nicht nach ökonomischen, sondern streng nach politisch-ideologischen Vorgaben. „Mit ihr sollten auch die Sozialstruktur auf dem Lande, die gewachsenen Beziehungen in den Dörfern und nicht zuletzt die Machtverhältnisse umfassend und dauerhaft verändert werden“, schreibt der Historiker gleich zu Beginn (S. 19f).

Auf der Grundlage erhalten gebliebener Volkspolizei-Rapporte analysiert der Historiker Udo Grashoff im folgenden Beitrag die Selbsttötungsrate unter der landwirtschaftlichen Bevölkerung auf dem Höhepunkt der Zwangskollektivierung 1960. Anhand einzelner Schicksale gelingt es ihm, einen zeitlichen Zusammenhang zwischen der erzwungenen Kollektivierung einerseits und Selbstmorden unter Bauern andererseits herzustellen und nachzuweisen, auch wenn die tatsächlichen Motive der Suizidhandlungen nicht immer zweifelsfrei bestimmt werden können. Auf einer breiteren Quellengrundlage untersucht daran anschließend Falco Werkentin die Methoden des Klassenkampfes auf dem Land. Ausgehend von der Bodenreform beleuchtet er die Struktur der Landwirtschaftsbetriebe in der DDR und

konzentriert sich vor allem auf die Mittel- und Großbaubetriebe, also diejenigen, die zwischen zehn und 100 Hektar Land bewirtschafteten. Werkentin beschreibt, wie insbesondere die Großagrарrier unter dem Druck der SED in den Jahren von 1952 bis 1960 litten und wie die Justiz als „Hebel der gesellschaftlichen Umwälzung“ (vgl. S. 49) fungierte. Dabei geht er auch auf Möglichkeiten des Widerstandes bäuerlicher Familienbetriebe ein, zeigt aber gleichzeitig, mit welchen Schwierigkeiten Formen des Protestes in Anbetracht der Notwendigkeit der täglichen Versorgung von Stall und Feld behaftet waren.

Über die Formen und Ausmaße des Widerstandes gegen die Kollektivierung gibt auch Daniela Münkler eine Einschätzung ab. Sie richtet den Fokus auf die geheime Berichterstattung des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) an die SED-Führung und stellt widerständiges Verhalten in allen Bezirken der DDR fest. „Alles, was nur irgendwie dazu angetan schien, die Pläne der Vollkollektivierung zu stören, wurde der SED-Führung zur Kenntnis gebracht“, beschreibt Münkler (S. 74), die die relative Unverblümtheit der MfS-Dokumente hervorhebt, wodurch es ihr auch gelingt zu zeigen, wie die Stasi im untersuchten Zeitraum ihren Einflussbereich und ihr Informationsnetz im ländlichen Raum massiv ausbaute.

All diese Beiträge zeigen in unterschiedlicher Art, dass die Vollkollektivierung keineswegs freiwillig geschah – wie von der SED propagiert –, sondern nur durch massive Repression, Erpressung und Gewalt zustande kam. Der „sozialistische Frühling“, wie die Kollektivierung im offiziellen Parteiduktus umschrieben wurde, war menschlich und moralisch tiefster Winter. Dass die dadurch geschaffenen Großstrukturen bis in die Gegenwart fortwirken, zeigen die folgenden Abhandlungen.

Jörg Gerke, der selbst Bauer in Mecklenburg-Vorpommern ist, untersucht die Auswirkungen der DDR-Agrarstrukturen auf ländliche Regionen in Ostdeutschland nach 1990. Er kritisiert die personelle Kontinuität in Landwirtschaftsbetrieben über 1989/90 hinaus. Demnach hätten ehemalige SED-Agrarkader die früheren LPG-Betriebe übernommen, während ein Großteil der einfachen LPG-Mitglieder um ihre Ansprüche gebracht wurde (vgl. S. 95). So konnten sich nach Gerkes Ausführungen einige Wenige riesige Flächen sichern, die noch dazu durch die EU mit Millionensummen subventioniert werden. Auch im nächsten Beitrag möchte Uwe Bastian deutlich machen, dass die früheren Großstrukturen der industrialisierten Landwirtschaftsbetriebe weitestgehend erhalten geblieben sind und eine Anpassung der DDR-Landwirtschaft an die des Westens ausblieb. Bis zu 90 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Ostdeutschland, so Bastian, sei im Besitz ehemaliger SED-Funktionäre.

Hans Dieter Knapp thematisiert daran anschließend die Industrialisierung des ländlichen Raumes der DDR, die er als unmittelbare Folge der Kollektivierung beschreibt. Beides, Kollektivierung und agroindustrielle Produktion, seien Teil eines ideologisch begründeten Gesamtsystems zur Schaffung einer Klasse der „werk tätigen Bauern“ gewesen, mit weitreichenden Folgen auf die Natur und Landschaft im Osten Deutschlands, auf die Knapp ausführlich eingeht. Helmut Klüter beschließt

den wissenschaftlichen Teil des Sammelbandes mit einer statistisch orientierten Studie, die unterschiedlichste Aspekte landwirtschaftlicher Produktion der jüngsten Vergangenheit in ost- und westdeutschen Bundesländern in den Blick nimmt. Seine ernüchternde Bilanz: „Eine Umstrukturierung der aus der DDR-Zeit überkommenen großbetrieblichen Landwirtschaft hat bisher kaum stattgefunden. [] Große Teile der Landwirtschaft [] sind regionalwirtschaftlich unproduktiv.“ (S. 154) Eine Position, die auch Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf im abschließenden Nachwort vertritt.

Insgesamt vermittelt das Buch damit einen Überblick zur Landwirtschaft in der DDR. Die historischen Entwicklungen zwischen dem Bau der Mauer 1961 und der friedlichen Revolution 1989 geraten zwar etwas aus dem Blick. Stattdessen beleuchtet der Sammelband verstärkt unterschiedliche Perspektiven der Kollektivierung und bietet darüber hinaus auch Ansätze, das Thema stärker in der politischen Bildung zu verankern: Zum Beispiel anhand von Einzelschicksalen (Grashoff), MfS-Akten (Münkel) oder den Dokumenten, die im Text von Werkentin abgedruckt sind. Schade ist jedoch, dass das Buch für Leser, die sich im Anschluss an die Lektüre noch ausführlicher mit dem Thema befassen wollen, keine beigefügte Auswahlbibliografie bereit hält. Deutlich wird aber, dass die sozialistische Umgestaltung der landwirtschaftlichen Produktion in der DDR auch nach über 20 Jahren Deutscher Einheit Fragen an die heutige Gesellschaft stellt. Die Herausgeber fordern darüber eine breite öffentliche Debatte.

Benjamin Griebe

Armin Fuhrer:

Ernst Thälmann. Soldat des Proletariats

München 2011 (Olzog-Verlag), 352 S., 26,90 €

Hauptfeind: Republik und Sozialdemokratie

Nach Ernst Thälmann (1886-1944) sind auch heute noch Hunderte von Straßen in den ostdeutschen Bundesländern benannt. In der DDR galt der Vorsitzende der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) in der zweiten Phase der Weimarer Republik als Helden-gestalt des Proletariats, was sich in der Benennung von Betrieben, der Errichtung von Denkmälern und der Huldigung in Reden artikuliert. In der „alten“ Bundesrepublik fand Thälmann demgegenüber nur wenig Aufmerksamkeit. Dies gilt auch für eine kritische Perspektive, gehörte der KPD-Vorsitzende doch zu den Opfern der NS-Herrschaft. Hierbei ignorierte man gleichwohl, dass Thälmann die eine Diktatur Hitlers durch die andere Diktatur Stalins ersetzt sehen wollte. Die mit dieser Er-

kenntnis einhergehende Einsicht prägt die Biographie „Ernst Thälmann. Soldat des Proletariats“, welche der als Journalist arbeitende Historiker und Politikwissenschaftler Armin Fuhrer vorgelegt hat. Sie richtet sich an ein breiteres Publikum und bettet das Lebensbild in die historische Entwicklung ein.

Inhaltlich liegt damit eine klassische Biographie mit historisch-chronologischer Struktur vor: Der Autor beschreibt Thälmanns persönlichen und politischen Lebensweg vom Aufwachsen im Arbeitermilieu über die Hinwendung zur Sozialdemokratie und die Radikalisierung in Richtung des Kommunismus nach dem Ende des Ersten Weltkriegs. In der Weimarer Republik stieg Thälmann in der Hierarchie der KPD bis an die Spitze auf. Fuhrer betont dabei folgende Gesichtspunkte: Erstens gehörte Thälmann bereits von Anfang an zu den rigorosen Gegnern der damaligen Demokratie, äußerte er doch bereits im März 1921: „Diesen Staat bekämpfen wir so lange, bis er nicht mehr als Staat existiert. Wir machen daraus absolut kein Hehl. Wir haben keine Veranlassung, in dieser oder jener Beziehung gegen diese oder jene Person schonend vorzugehen“ (S. 154). Das Parlament und Wahlen seien für den KPD-Vorsitzenden lediglich Mittel zur Agitation und Mobilisierung der Massen gewesen, woraus sich in diesem Punkt auch eine formale Gemeinsamkeit mit Hitlers Strategie ergebe. Und zweites erklärt sich der Aufstieg Thälmanns in der Partei durch die Unterstützung aus der Sowjetunion: „Mit Thälmann hat Stalin ... eine Marionette an der Spitze der KPD installiert, die ihm intellektuell bei weitem nicht gewachsen ist und von der er daher auch keinen Ärger zu befürchten braucht. Darin liegt auch Stalins ‚Wertschätzung‘ für den deutschen Spitzengenossen begründet, der für ihn eine rein funktionale Bedeutung hat“ (S. 193). Fuhrer veranschaulicht dies zum einen anhand der Wiedereinsetzung Thälmanns in das Amt des Parteivorsitzenden durch Stalin, hatte man ihn doch davon aufgrund einer Korruptionsaffäre zeitweilig entbunden. Da der sowjetische Diktator aber kein wirkliches Interesse an Thälmann besaß, ging von ihm auch kein Engagement zur Rettung in der Ära des Hitler-Stalin-Paktes zwischen 1939 und 1941 aus. Der ehemalige KPD-Vorsitzende blieb nach seiner Verhaftung seit 1933 in NS-Haft. Im Konzentrationslager Buchenwald wurde er wohl 1944 durch Genickschuss hinterrücks ermordet. Fuhrer nutzte zwar für seine Thälmann-Biographie einige Archiv-Quellen. Wirklich neue Erkenntnisse leitete er daraus aber nicht ab. Der Nutzen und Wert seiner Lebensbeschreibung ergibt sich vielmehr durch eine kritische Darstellung des bisher Bekannten, wobei immer wieder die Korrektur der Verfälschung von Thälmanns politischem Wirken durch die DDR-Geschichtsschreibung Aufmerksamkeit verdient. Fuhrer bekundet gegen Ende zwar seinen persönlichen Respekt für Thälmann, hatte dieser doch in NS-Haft nicht andere Genossen denunziert. Gleichwohl macht der Autor deutlich, dass Thälmann durch die Fixierung auf die Sozialdemokratie als Hauptfeind und die Unterschätzung des Nationalsozialismus zumindest indirekt zum Weg der Hitler-Partei an die Macht beigetragen hatte. Die Einschätzung, er sei ein „schuldbeladener Wegbereiter“ (S. 331) gewesen, mag mit einer solchen Formulierung etwas überspitzt wirken. Gleichwohl geben die historischen Fakten Fuhrer prinzipiell recht.

Armin Pfahl-Traugher